

Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und

Glück-Auf.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pf.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

Berechnet werden
Inserate die dreigespaltene Zeitzeile oder
deren Raum mit 50 Pf.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publicationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Luitpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Luitpoldstraße 9.

Inhalt: Städtische und staatliche Unterstützung gewerkschaftlicher Arbeitslosenkassen. — Der achte Kongress des Schweizerischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes. — Mitteilungen aus der Metallindustrie. — D. M.-B.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Aus den Agit.-Bez.: Rheinisch-Westfälische Arbeiterkonferenz. — Korrespondenzen. — Technisches: Krankheitsercheinungen bei Eisen und Kupfer. Eine Heißendampfmaschine. — Rundschau. — Aus anderen Bezirken usw. — Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. — Abrechnung der Hauptkasse pro März 1902. — Korrespondenz aus Wiesbaden. — Literatur.

Zur Beachtung.

Inzug ist zu halten:
von Drahtzieichern nach Pommern a. d. E. (Kupferwerke in Österreich);
von Dreihern nach Berlin (Altmann, Motorfahrzeugfabrik Str.; nach Großenhain (Webstuhlfabrik); nach Luckenwalde (A. G. Voigt, Maschinenfabrik);
von Feingoldschlägern nach Dresden, Leipzig, Nürnberg, R. und Schwabach (besonders von den Werkstätten M. Biltner, Hünger, Schlipfinger);
von Formern und Eisengießerei-Arbeitern nach Augsburg (Vidro. Klaas); nach Berlin (L. Löwe); nach Großenhain (Webstuhlfabrik); nach Hannover (Streicher); nach Milspe; nach Kemneth (Kemneth Eisenhütte).
von Kesselfächern nach Crimmitschau (Guttsche) R.;
von Klemmpnern und Emailarbeitern nach Breslau (Filiale Julius Pintsch, Gasmeisselwerk); nach W. Gladbach (Robert Jansen); nach Mühlhausen i. El. (Beierle, Fabr. f. Zinkornamente).
von Metallarbeitern aller Branchen nach Hannover (Steinfeld & Blasberg); nach Warstein i. Westfalen (Gabriel & Bergenthal) Str.;
von Metallschlägern nach Lechhausen (D.); nach Nürnberg (Eh. Schmidt, Küchnergasse 33) R.;
von optischen Industriearbeitern nach Rathenow (Müller);
von Schlossbauern nach Velbert (Friedr. Aug. Brunsöbler) R.;
von Schlossern und Schmieden nach Berlin (Altmann, Motorfahrzeugfabrik); nach Großenhain (Webstuhlfabrik); nach Luckenwalde bei Kronenberg (Cleff); nach Luckenwalde (A. G. Voigt, Maschinenfabrik); nach Mühlhausen i. El. (Beierle, Fabr. für Zinkornamente, Eisenkonstr. und Kunstschiene).
von Schraubendrehern nach Buchhausen bei Kronenberg (Cleff);
von Silberschlägern nach Schwabach (Rühl) R.
(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; W.: Wistände; R.: Lohn- oder Lohn-Rücktritt; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Städtische und staatliche Unterstützung gewerkschaftlicher Arbeitslosenkassen.

Die von der Wirtschaftskrise verursachte ausgedehnte Arbeitslosigkeit hat die Staats- und Gemeindebehörden in Deutschland wie im Ausland gezeigt, sich mit dieser unglücklichen Folgeerscheinung der faulen kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu beschäftigen, wozu freilich in den meisten Fällen erst die Vertreter der organisierten Arbeiter den Anstoß gegeben haben. In den dadurch veranlassten Debatten haben sich die meisten bürgerlichen Politiker wie Minister und Bürgermeister bemüht, auf dem traditionellen niederen Niveau der Auffassung und Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit zu bleiben, wonach dieselbe so gleichgültig wie möglich hinzunehmen und im Uebrigen als eine Sache der Armebehörden hinzustellen ist. Steinlopse, Erdarbeiten und Almosen erschöpfen die sozialpolitische Weisheit der Spießbürger in der Frage der Arbeitslosenunterstützung.

Seitens der Arbeitervertreter ist dieser alten schadlosenhaften Auffassung der Arbeitslosenunterstützung gegenüber immer wieder mit Entschiedenheit betont worden, daß die Fürsorge für die arbeitslosen Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine

heilige Pflicht der Gesamtheit sei, daß die Schaffung von Nothstandsarbeiten wie die in Ermangelung von solchen gewährte Baorunterstützung nicht als Almosen mit entehrrenden Folgen betrachtet werden dürfen, sondern als eine Nothstandsunterstützung ohne Verlust der politischen Rechte. Dabei hat die „soziale Gesinnung“ mancher „berühmter bürgerlicher Politiker“ die Probe schlecht bestanden. Es sei nur an die Art der Behandlung der Arbeitslosenfrage in der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M., dem Hauptorte der süddeutschen Demokratie erinnert, wo man sie als eine Armenfrage auffaßte und ferner daran, wie in der selben „demokratischen“ Stadt die Polizei gegen die Arbeitslosen verfuhr. Nicht unerwähnt sei auch, daß sich der Urheber eines Entwurfs für kommunale Arbeitslosenversicherung, Herr Sonnenmann, der in der Stadtverordnetenversammlung sitzt, in dieser schweren Zeit der Arbeitslosigkeit, da auch sein Projekt sehr aktuell sein müßte, für dasselbe nicht gerührt hat.

Mehrfaßt haben aber die Arbeitervertreter in den Behörden neue Vorschläge für die Form der Arbeitslosenunterstützung gemacht. So beantragten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratischen Vertreter: „Die Stadt hat sofort den Gewerkschaften größere Summen zur Verfügung zu stellen, damit diese aus ihren Unterstützungsfonds in ausgiebigeren Maße, als es ihnen jetzt möglich ist, für die arbeitslosen Mitglieder sorgen können.“ Wir haben nicht gelesen, daß der Antrag angenommen worden wäre. Dagegen haben in Belgien verschiedene Gemeinden den Gewerkschaften Beiträge zur Unterstützung der Arbeitslosen zukommen lassen, so Gent, Brüssel (10,000 Fr.), Molenbeek (3000 Fr.) und St. Gilles (4000 Fr.) und ferner haben die Bürgermeister von Brüssel und den Vorstädten an Kommerz und Senat eine Petition gerichtet um gesetzliche Regelung der Versicherung gegen unfreidwillige Arbeitslosigkeit. Nach der deutschen Übersetzung (siehe Nr. 50 des „Korrespondenzblatt“, Jahr 1901) ist diese Petition etwas unklar gehalten. Erst wird aus Zweckmäßigkeitsgründen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung der Vorzug gegeben, dann aber die Notwendigkeit einer großen mächtigen Institution, worunter offenbar die über das ganze Land ausgedehnte staatliche Arbeitslosenversicherung zu verstehen ist, betont. Es wird nämlich in der Petition Folgendes ausgeführt:

„Unglücklicherweise erlaubt der gegenwärtige Stand der Gesetzgebung nicht die Intervention, welche die unerlässlichsten Bedingungen, die Garantie und die Sicherheit erheischen. In einem alleinstehenden Vereine ist die ununterbrochene Wachsamkeit der Mitglieder notwendig und möglich. Dies würde aber nicht so sein, wenn die Kommune eine offizielle Kasse schaffe. So hat denn auch die Meinung Oberhand gewonnen, daß man der privaten Initiative die Gründung solcher Institutionen überlässe, dieje aber subventionire aus den öffentlichen Kassen. Um diese Interventionen wirksam und möglich zu machen, glaubte der Gesetzgeber, daß es genüge, den professionellen Verbänden, den Gewerkschaften und Fachvereinen, welche die gesetzlichen Bedingungen erfüllen, den Charakter einer juristischen Person zu ertheilen. Aber da der Verband nur die Mitglieder einer Profession umfaßt, so hat dieser keine Aussicht auf Erfolg. Ein einziges schlechtes Jahr für diese Profession genügt, um den Verband zu ruinieren. Es wäre zu wünschen, wie in allen ernsten Versicherungsinstitutionen, daß die Risiken der Einzelnen getragen würden von einer großen mächtigen Institution, die offen ist für Alle. Dieser Standpunkt aber erfordert eine große Gegenseitigkeit.“ — Einen Erfolg hat diese Petition bisher nicht gehabt.

In Dänemark hat die sozialdemokratische

Faktion des Folketing (Parlaments) Anfang Dezember 1901 drei Gesetzentwürfe eingereicht zur Fürsorge für die Not der Arbeitslosigkeit. Diese Gesetzentwürfe verlangen: 1. Einen Beitrag aus der Staatskasse bis zu 500,000 Kronen jährlich an die Arbeitslosenunterstützungskassen der Gewerkschaften. 2. Anlässlich der gegenwärtig herrschenden außerordentlichen Arbeitslosigkeit, innerhalb des laufenden Finanzjahres einen Beitrag aus der Staatskasse zur Unterstützung Arbeitsloser auf Antrag der Kommune bis zu einer Summe von 25 Daler (1 Daler = 1,1 Pf.) per Kopf der Einwohnerzahl der einzelnen Kommunen. Insgesamt sollen hierfür 600,000 Kronen (1 Krone = 1,12 Pf.) als Höchstsumme aufwendet werden. 3. Wird die gesetzliche Einführung des achtfürstündigen Arbeitstages verlangt. Es handelt sich dabei also um Staatsbeiträge an die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung und um die Verkürzung der Arbeitszeit durch die Einführung des Achtfürtägertages zu dem offensären Zwecke, der übermäßigen Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital eine Grenze zu ziehen, gleichzeitig aber auch der Überproduktion bis zu einem gewissen Grade vorzubeugen. Die sozialdemokratischen Entwürfe gelangten noch im Dezember zur ersten Berathung, wobei die Arbeitervertreter dieselben mit Geist und durchdringenden Gründen vertheidigten. So zeigte der Abgeordnete Jensen unter Anführung von Zahlen die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und ferner die Leistungen der Gewerkschaften zur Unterstützung der Arbeitslosen. „Die Arbeitslosigkeit hat in diesem Jahre in Dänemark einen außerordentlichen Umfang angenommen. Unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zählte man im November 1899 nur 5108 = 6 Proz. Arbeitsloje, 1900: 13,799 = 17 Proz., November 1901 aber 17,599 = 21 Proz. der ca. 83,000 Mitglieder. Berechnet man diesen Prozentsatz auf die sämtlichen erwachsenen Arbeiter der dänischen Industrie (ca. 150,000) so kommt eine Arbeitslosenzahl von 30,000 heraus. Dazu kommen dann noch die Arbeitslosen in der Haushaltung, in der Landwirtschaft und im Handel. An Arbeitslosenunterstützung zahlten die Gewerkschaften 1900: 236,112 Kronen, 1901: 320,564 Kronen, wogegen 1899 nur 117,000 Kronen hierfür verausgabt wurden. In den einzelnen Berufen wurden außerordentlich hohe Beiträge hierfür aufgebracht: die Böttcher zahlten pro Mitglied im Jahre 1901: 24,70 Fr., die Schmiede: 18,30 Kronen, die Bautischler: 16,35 Kronen, die Buchdrucker: 10 Kronen.“ Die Entwürfe wurden sodann einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen.

Auch in Österreich wurde die Frage der staatlichen Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen auf die Tagesordnung des Parlaments gebracht. Es war der sozialdemokratische Landtag abgeordnete Dr. Adler-Wien, der im niederösterreichischen Landtag folgenden Antrag stellte: „Der Landtag wolle beschließen: Dem Landesausschuß wird ein Kredit von 50,000 Kronen (1 Krone = 35 Pf.) eingeräumt mit dem Auftrage, aus diesem Kredit den Gewerkschaften und Fachvereinen der Arbeiter in Wien und Niederösterreich zu diesem Zwecke Subventionen zu gewähren, um ihnen zu ermöglichen, jenen arbeitslosen Mitgliedern, die die ihnen statutengemäß gebührende Arbeitslosenunterstützung bereits in Anspruch genommen haben, weitere Ausihilfen zu gewähren. Diese Subventionen sind auf jedesmaliges Einschreiten der Vereine zu gewähren und von den Vereinen detaillierte Berichte über die Verwendung der Summen zu verlangen.“ Die berüchtigten „Christlich-Sozialen“ brüllten Adler nieder, als er den Antrag begründete und diesen selbst lehnten sie ab. Ja, wenn es sich um 50,000 Kronen für die Kleinmeister, der gedankenlosen und reaktionären Gesellschaft der reaktionären „Christlich-

"Sozialen" gehandelt hätte, dann wäre der Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden.

In der Schweiz ist die Frage der staatlichen und kommunalen Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen ebenfalls aufgeworfen worden. In Basel hat die Regierung ohne Weiteres der ca. 800 Mitglieder zählenden Arbeitslosenkasse des Arbeiterbundes (ähnlich den deutschen Gewerkschaftsverbänden) einen Beitrag von 1000 Fr. bewilligt, weshalb sie dann aber im Grossen Rath von kapitalistischen Politikern heftig angegriffen wurde. Unter jenen befand sich auch der "katholische Soziologe" Advoat Dr. Feigenmänter, der mit Entrüstung über das anerkennenswerthe Entgegenkommen der Regierung defamirte: „Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Arbeitslosen zu unterstützen, das ist vielmehr Sache der Kirche und der Privatwohlthätigkeit," das heißt, um mit Pestalozzi zu reden, das Verschaffen des Rechts in der Mifgrube der Gnade. So sieht in der Praxis die „Sozialreform“ und die „Arbeiterfreundlichkeit“ der ultramontanen Politiker aus, für die eben der Arbeiter der geborene Knecht und Sklave des Kapitals und der geborene Untertan der Kirche ist.

In der Stadt Zürich sind aus städtischen Mitteln 57,000 Fr. zur Unterstützung der Arbeitslosen verwendet worden und zwar hat diese Unterstützung den ausdrücklich betonten Charakter einer Notstandssicherung, die nicht den Verlust der politischen Freiheit zur Folge hat.

In der Stadt Bern besteht seit 1894 die facultative städtische Arbeitslosenversicherung, deren Mitgliederzahl im Laufe der Jahre zwischen 300 und 500 schwankte und an die Zahl für Jahr aus städtischen Mitteln 10,000 Fr. und darüber beigetragen werden.

Einen ganzen Plan für die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen durch Staat und Gemeinde hat das Schwesternatrat in seiner kürzlich veröffentlichten Schrift über Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis, die ein Gutachten über diese Fragen an das eidgenössische Industriedepartement in Bern ist, aufgestellt. Es sieht gewerkschaftliche und kommunale Arbeitslosenversicherung vor, jedoch darf nur einmal dieselbe genommen werden, so daß sich beide Versicherungen für die Versicherten gegenwärtig ausschließen, im Hinblick auf den großen, in Betracht fallenden Kreis der Versicherten aber ergänzen würden. Für die kommunale Arbeitslosenversicherung kommen nach Greulich die 18 grössten Schweizergemeinden in Frage. Für die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung schlägt Greulich die Schaffung von Industrieverbänden vor, um grössere Organisationen zu erhalten, wobei er nach dem gegenwärtigen Stande der Gewerkschaftsbewegung auf die Zahl von 35,000 Mitgliedern kommt, worunter 6000 Metallarbeiter. Die Versicherungsbeiträge an die Gewerkschaften sollen derart aufgebracht werden, daß der Bund (die Eidgenossenschaft) für jedes Mitglied einen Gründungsbeitrag von 2 Fr. leistet, ferner an die jährlichen Unterstützungsausgaben, worüber die Gewerkschaften Rechnung und Belege an die zuständige Behörde einzureichen haben, die hält. Bei der kommunalen Arbeitslosenversicherung sollen die Mitglieder, also die hier versicherten Arbeiter, ungefähr 60 Proz. der erforderlichen Beiträge, die Gemeinde, der Kanton (Einzelstaat) und der Bund (das Reich) die übrigen 40 Proz. aufbringen. Die Unternehmer sollen mit bezüglich der Wanderarbeiter zur Beitragssleistung herangezogen werden.

Für beide Versicherungsarten wird auf den Anfang und die ersten Jahre der Errichtung hin ein Bundesbeitrag von 60,000 bis 70,000 Fr. an den Gründungsfonds und ein Jahresbeitrag von 100,000 Fr. an die laufenden Ausgaben, ferner ein folger von 150,000 Fr. an die 18 Versicherungsgemeinden berechnet. Die Gesamtzuwendung des Bundes an die Arbeitslosenversicherung würde so im Laufe der Jahre auf 310,000 Fr. jährlich steigen, wobei dann über etwa 200,000 Arbeiter, wovon 100,000 in den Gewerkschaften, gegen Arbeitslosigkeit verhindert sein würden. Man darf auf den weiteren Gang dieser Angelegenheit geprämt sein.

Der Staat und Gemeinde an die Kosten der Arbeitslosenversicherung beitragen zu lassen bzw. sie zu Beiträgen zu verpflichten, ist durchaus berechtigt. Zu dem einmal, wie die Dinge seit einem Jahre lehren, die Massenarbeitslosigkeit unserer Tage durchaus keine private Angelegenheit mehr, sondern eine durchaus öffentliche und allgemeine Sache; und sodann erhalten heute alle möglichen Interessengruppen, wie Handelsmeister, Landwirtschaft, Kaufleute, Industrie usw. in allen möglichen Formen Subventionen aus öffentlichen Mü-

teln, während für die Arbeiter allenfalls ein Almosen, eine Armenunterstützung mit entstehenden Folgen bereit ist. Was den Einen aber recht ist, ist den Anderen billig; insbesondere dann, wenn diese Anderen die schwindigste Interessengruppe, die Arbeiterklasse, ist. Selbstverständlich ist, daß eine solche Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen für die Gewerkschaften selbst mit keinerlei Einschränkungen und Nachteilen verbunden sein dürfte, sonst wäre ein solcher Beitrag aus öffentlichen Mitteln für die Arbeiter ein Damaergehens, dessen Annahme sie ablehnen müßten.

Der achte Kongress des Schwedischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes.

Wie schon kurz mitgetheilt wurde am 23. März der achte ordentliche Kongress unserer schwedischen Bruderorganisation in dem neuen Heim der Stockholmer Arbeiterbewegung, Folkethus (das Volkshaus) eröffnet. Es ist dies der größte Kongress, der von einer einzelnen Gewerkschaft in Schweden abgehalten wurde, und für den Verband selbst ist er jedenfalls einer der wichtigsten. Außer dem Verbandsvorstand waren aus 106 Zweigvereinen 185 Delegierte erschienen. Der dänische Bruderverband war durch seinen Vertrauensmann Hansen, der norwegische durch M. Ørnstad vertreten.

Der Geschäftsbericht umfaßt die Zeit vom Januar 1900 bis März 1902 und wurde ohne Debatte angenommen. In dieser Periode war der Verband in 81 Konflikte verwickelt, von denen nur ca. der vierte Theil zum Kampf geführt hat, jedoch zum größten Theil mit Erfolg für die Organisation beendet wurden. Sie kosteten dem Verband 105,551 Kronen (1 Krone = 1,12 Mt. d. R.-W.). Zur Unterstützung anderer Verbände sind in derselben Zeit 11,150 Kr. aufgebracht worden. Die Unterstützungsstätte hat an Arbeitslosenunterstützung in der Zeit vom 1. Oktober 1899 bis 31. Dezember 1901 64,777 Kr. ausgezahlt. Die Agitation ist während der Berichtsperiode eine außerordentlich rege gewesen und, was noch besser ist, sie hat ein in Allem günstiges Resultat gezeitigt. Die Geschäftsstelle hat nicht weniger als 1605 Korrespondenzen zu erledigen gehabt und der Vorstand hielt 95 Sitzungen ab. Die Mitgliederzahl ist in der Zeit vom 30. September 1899 bis 31. Dezember 1901 von 10,284 auf 14,651 gestiegen, d. h. sie hat sich während etwas über zwei Jahren um über 50 Proz. vermehrt. Hierauf wurde dem Verbandsvorstand volle und dankbare Entlastung ertheilt.

Die zweite Sitzung am 24. März beschäftigte sich sofort mit der Revision der Satzungen. Dem Programm des Verbandes wurde folgende Fassung gegeben:

a) Auf der Basis einer starken und guten Organisation der Arbeiter der schwedischen Eisen- und Metallindustrie, ihre jährliche und ökonomische Interessen zu fördern und zu wahren; b) Zweigstellen des Verbandes an allen Plätzen, wo solche nicht vorhanden, zu errichten; c) mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und in Verbindung mit der Arbeiterpartei für eine durchgreifende Schutzgesetzgebung, Minimallohn und Maximalarbeitsstag, zu wirken; d) für die Abschaffung aller Sonntag-, Überzeit- und Nachtarbeit einzutreten, sofern dieselbe nicht im Interesse der allgemeinen Entwicklung und des Verkehrs liegt; e) zu wirken für Schutz gegegen Betriebsgefahr durch die Unterstützung der Forderung auf eine solche Einrichtung der Arbeitslokaliäten, daß das Risiko des Arbeiters in Bezug auf Leben und Gesundheit in möglichst hohem Grade vermindert wird; f) durch Errichtung von Unterstützungsstätten zu den verschiedensten Zwecken den Mitgliedern Schutz gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. zu bieten; g) an jedem Ort, wo Zweigstellen vorhanden, Arbeitsnachweise zu errichten.

Eine Erweiterung des Organisationsgebietes wurde im Programm ebenfalls geschaffen, indem ferner alle Arbeiter, sowohl Vor- als Hilfsarbeiter in der Eisen- und Metallindustrie, einbezogenen Gußschmiede und Arbeiter der Walzwerke, das Recht zum Eintritt in den Verband gestattet sein soll. Die Beitragsfrage wurde nach langer Debatte auf 30 Cere pro Woche erhöht, dem Antrage des Vorstandes gemäß, wonin der Beitrag zu der Unterstützungsstätte eingeflossen ist. Nach Schluß der Sitzung hielt der dänische Vertrauensmann einen Vortrag über die Verhältnisse des dänischen Bruderverbandes. Wir entnehmen demselben, daß die Organisation in Dänemark bedeutende Fortschritte gemacht hat, was zum Theil das Resultat ist der frönen Auspfernung durch die Unternehmer 1898. Die beiden Organisationen der Arbeiter und Unternehmer, sind jedoch gegenseitig zur Erhaltung ihrer Macht gekommen und haben gemeinsame Tarife geschaffen, die fast für sämtliche Arbeitsstätten im Lande gelten, wodurch die kleinen

Konflikte aus der Welt geschafft sind. Besonders betonte der Redner das Streben des dänischen Bruderverbandes, internationale Beziehungen anzuknüpfen, die durch die ökonomischen Verhältnisse unserer Zeit zur Notwendigkeit geworden sind. Der Vortrag wurde mit größtem Beifall aufgenommen.

In der Dinstagsitzung beschloß der Kongress die Anstellung eines besoldeten Sekretärs, der dem Vertrauensmann zur Seite stehen soll. Ferner sollen vier Blazerpediteure gewählt werden, die dem Vorstand bei der Organisationsarbeit in den Distrikten zur Hand zu gehen haben. Sie werden von der Verbandskasse für ihre Thätigkeit bezahlt.

Die Statuten für die Reise- und Unterstützungsstätte nahmen ebenfalls eine gerame Zeit des Kongresses in Anspruch. Die Arbeitslosenunterstützung soll fernerhin 1 Krone pro Tag für Mitglieder, die dem Verband ein Jahr angehören, und 1,50 Krone pro Tag für Mitglieder, die dem Verband 5 Jahre angehören, betragen, für beide Gruppen jedoch nicht für mehr als 70 Tage innerhalb eines Kalenderjahres. Bedingung für die Auszahlung der Unterstützung ist, daß das Mitglied dabei nicht berauft erscheint.

Ein Gesuch von dem Vorstand des Stockholmer Volkshauses um Bewilligung einer Anleihe aus der Verbandskasse wurde, nachdem die finanzielle Lage des Volkshauses eingehend geprüft wurde, mit 115 gegen 56 Stimmen genehmigt. Die Höhe der gewünschten Anleihe beträgt 20,000 Kronen.

Das Minimalalter für Eintritt in den Verband wurde auf 16 Jahre festgestellt. Weibliche Mitglieder zahlen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr nur halben Beitrag. Den Zweigvereinstatuten wurde der Passus beigefügt, daß am Platze, wo Spezialvereine für das betreffende Fach bestehen, ein Mitglied bei Übergang in ein anderes Fach auch in den betreffenden Spezialverein übertragen muß. Ein Antrag auf freien Übergang von Mitgliedern anderer Organisationen in den Verband, wenn sie innerhalb seines Thätigkeitsgebietes Arbeit nehmen, für den Fall, daß ihre bisherige Organisation den Mitgliedern des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes dasselbe Recht zugestehen, wurde abgelehnt. Mitglieder, die in anderen Berufen Arbeit nehmen und sich den betreffenden Organisationen anzuschließen wünschen, haben sich gleichzeitig abzumelden. Sie können danu, wenn sie wieder Arbeit innerhalb des Rahmens des Verbandes nehmen, diesem, ohne Eintrittsgeld beizutreten.

Bezüglich der Frage um Gegenseitigkeitsverbündung mit Organisationen der Metallindustrie in Dänemark, die nicht dem Schmiede- und Maschinenarbeiter-Verbande dieses Landes angehören, lag ein Antrag vor. Es wurde dem Vorstand der Antrag gegeben, Verbindungen mit den Organisationen in Dänemark und Deutschland beizufügen, Gewährung gegenseitiger Reise- und Arbeitslosenunterstützung reisender Mitglieder anzubauen.

Das Organ, „Farnarbetaren“, (Der Eisenarbeiter) soll nach wie vor ein Mal monatlich erscheinen. — Der Krankenfonds des Verbandes wurde ein jährlicher Anschlag von 2000 Kronen bewilligt. Bezüglich des Achtfundertages wurde darauf hingewiesen, daß der Verband durch seine Thätigkeit zur Verkürzung des Arbeitstages schon längst im Prinzip den Achtfunderttag anerkannt habe. — Zu dem Antrag auf Errichtung einer Produktivgenossenschaft erklärt der Kongress, keinen Beschluß fassen zu können, da die Frage bisher so wenig untersucht und geprüft ist. Er ermächtigt aber den Vorstand, der Frage näher zu treten und bei passender Gelegenheit nach genauer Prüfung den Mitgliedern einen diesbezüglichen Vorschlag zu unterbreiten zwecks Annahme einer Abstimmung. Sollte diese für die Sache ausfallen, hat der Vorstand sobald als möglich zu versuchen, die Errichtung einer kooperativen Werkstatt zu verwirklichen.

Die Stellung des Vorstandes zu den event. zu errichtenden kommunalen Arbeitsnachweisen wurde dahin präzisiert, daß derartige Nachweise auf die vom Verbande errichteten keinen verändernden Einfluß ausüben dürfen und die Mitglieder des Verbandes nach wie vor den Verbandsnachweis in Anspruch zu nehmen haben.

Die zweifelsohne wichtigste Frage, die den Kongress beschäftigte, war der Anschluß an die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften. Auf dem letzten Kongress wurde der Antrag abgelehnt, weil zunächst derjenige Zwangsabschlußparagraph, auf Anschluß an die sozialdemokratische Arbeiterpartei innerhalb drei Jahren, in den Sitzungen der Landesorganisation zu Recht bestand. Der damalige Kongress betonte, daß der Verband als solcher sich kein Bestimmungsrecht anmaßen wollte über die Stellung seiner Zweigvereine zu den politischen Parteien. Dieser Par-

raph ist nunmehr aus dem Programm der Landesorganisation gestrichen. Die Stimming für den Anschluß auf dem jetzigen Kongreß war getheilt. Die beiden sich gegenüberstehenden Richtungen einigten sich schließlich dahin, daß eine Urabstimmung vorgenommen werden soll, wobei $\frac{2}{3}$ Majorität für den Anschluß erforderlich ist, anstatt daß wie bei anderen Abstimmungen nach der Geschäftsordnung des Verbandes einfache Majorität entscheidet. Der Verbandsvorstand hatte dem Antrage zugestimmt, nachdem der Beitrag auf 30 Rente erhöht wurde. Hoffentlich wird die Urabstimmung dazu führen, daß die weitauß stärkste und leistungsfähigste Gewerkschaftsorganisation des Landes sich mit den kleineren Organisationen solidarisch erklär und den Anschluß an die Landeszentrale vollzieht.

Mit einem kräftigen Hoch auf die Organisation wurde der Kongreß, nachdem die notwendigen Wahlen vorgenommen waren, am 29. März geschlossen. Als Vertretermann fungirt auch fernerhin Wollege Blomberg.

Anschließend an diesen Kongreß wurde am 29. März der vierte Kongreß des schwedischen Vorläufers im Volkshaus, eröffnet. 38 Delegirte aus 33 Zweigvereinen waren erschienen. Nach dem Geschäftsbericht zählte der Verband im Januar 1899: 1518 Mitglieder in 43 Zweigvereinen, welche Zahl sich bis 1. Januar 1902 auf 1654 Mitglieder in 54 Zweigvereinen erhöht hatte. Der Bericht wurde nach kurzer Debatte genehmigt. Zunächst wurden die sanitären Verhältnisse in den Arbeitsstätten lebhaft erörtert und wurde folgender Beschlüß gefaßt: „Der Kongreß, der eine durchgreifende Verbesserung der sanitären Verhältnisse innerhalb der Gießereien als eine reine Lebensbedingung des Formerkorps betrachtet, beschließt: daß diese Frage in das Programm des Verbandes aufgenommen und bei allen passenden Gelegenheiten in den Vororten gehoben wird; daß die Arbeiter selbst auf jedem einzelnen Platz es als eine selbstverständliche Pflicht anzusehen haben, die diesbezüglichen Verhältnisse nicht in egoistischer Weise zu verschlechtern; daß die Zweigvereine auf jedem Platz, sowohl bei Vorarbeitern als Unternehmern nötige Verbesserungen zu fordern haben; daß, wenn ihre direkten und freundlich gestellten Forderungen ohne Resultat bleiben, sie die Zustände in der ihnen zur Verfügung stehenden Preise bloslegen sollen; daß dem Vorstande der Auftrag gegeben wird, möglichst weitgehendes Material hierüber zu sammeln, dieses dann außer den in Betracht kommenden Unternehmen auch den resp. Gewerbeinspektoren zuzusenden. Ferner ist der Kongreß der Ansicht; daß die Ablehnung dieser Forderungen durch die Unternehmer nach reiflicher Prüfung in ebenso hohem Maße wie Lohnforderungen sur Arbeitsniedertreibung bestätigen.“

Der Anschluß an das internationale Formerkretariat wurde abgelehnt, weil, so heißt es in der Motivierung, der Kongreß die gemeinschaftliche Arbeit mit den übrigen organisierten Arbeitern des Landes durch die Landesorganisation in erster Linie als notwendig betrachtet. Dem Vorstande wurde jedoch das Recht eingeräumt, wenn er es für passend findet, die Frage den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten.

Bezüglich des Mindestlohnes wurde betont, daß der Kongreß sich unbedingt auf den Boden des Stundenlohnes stellt und wo es die Verhältnisse erfordert, der Verband hinter diese Forderung sich zu stellen hat. Ein Lohnprogramm wurde angenommen, nach dem eine Arbeitszeit von 9 Stunden pro Tag oder 54 Stunden pro Woche als Forderung aufgestellt wird. Minimallohn von 30, 35, 45 Rente pro Stunde je nach dem Alter der Arbeiter werden ebenfalls gefordert, mit gebührendem Lokalaufschlag, den örtlichen Lebensverhältnissen angepaßt und 50 bis 100 Prozent Aufschlag bei Überstundenarbeit usw.

Außerdem wird voll garantirtes Koalitionsrecht gefordert, sowie eine Unfallversicherung von 1000 Kr. pro Arbeiter auf Kosten des Unternehmers. — Die Lehrungsfrage veranlaßte verschiedene Beschlüsse, unter anderem, daß die Lehrzeit höchstens 4 Jahre, vom 16. Lebensjahr an gerechnet, betragen darf, und daß den Lehrlingen Gelegenheit geboten werden muß, sich Kenntniß in allen Details des Berufes zu erwerben. Nach vollendeten 18. Lebensjahr soll keiner mehr in den Beruf aufgenommen werden dürfen. Eine Forderung auf Minimallohn für die Lehrlinge wurde ebenfalls aufgestellt und soll dieser 15, 20, 22 und 25 Rente pro Stunde betragen, je nach dem Verdialter.

Ein Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verband wurde abgelehnt, jedoch den Zweigvereinen empfohlen, derartige Fonds zu gründen. Der Antrag auf Errichtung einer Krankenkasse wurde gleichfalls abgelehnt. Ein Beschlüß in

der Frage, ob Arbeiten für Rechnung einer Firma, bei der gesleift wird, an anderen Plätzen ausgeführt werden dürfen, wurde herbeigeführt, und sollen hiervon keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. — Da der Kongreß, als dieses geschrieben wird, noch nicht geschlossen ist, werden wir in der nächsten Nummer ein kurzes Referat über die noch behandelten Fragen bringen.

Erik Brunte.

Der schweizerische Gewerkschafts- und Arbeiterkongreß.

Auf dem zu Ostern in Bern stattgefundenen Gewerkschaftskongreß, der die Delegirtenberatung des schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist, sind Beschlüsse von weittragender Bedeutung für die schweizerische Gewerkschaftsbewegung gefaßt worden und zwar im Sinne des Uebungsgesetzes der Zentralisation zur Dezentralisierung.

Doch zuvor einige orientirende Bemerkungen darüber. Dem schweizerischen Gewerkschaftsbund gehören gegenwärtig 30 Verbände mit 482 Sektionen und 16,000 zahlenden Mitgliedern an; verschiedene Verbände, wie z. B. derjenige der Schuhmacher, stehen dem Bunde fern. In dem an der Spitze derselben stehenden Bundeskomitee liegen bis jetzt alle Fäden der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zusammen; insbesondere lag die Zeitung und Regelung des Streitwesens vollständig in seinen Händen. Wer auch die gewerkschaftliche Agitation leitete es in der Hauptstadt, und in der „Arbeiterstimme“, dem Organ des Gewerkschaftsbundes, das wöchentlich zwei mal in Zürich erscheint, steht ihm ein eigenes Blatt zur Verfügung.

Für das finanzielle Verhältniß der einzelnen Verbandsverbände zu dem Gewerkschaftsbund sind drei Beitragsklassen von 10, 20 und 30 Frs. pro Mitglied und Monat aufgestellt; daneben besteht noch eine weitere Form, in dem der gegen 2000 Mitglieder zählende Chiroprathenbund einen Pauschalbetrag von 1500 Franks pro Jahr leistet. Als Gegenleistung bietet der Gewerkschaftsbund Streikunterstützung, Unterstützung von Gemeinkosten, Beiträge an die Kosten der Agitation, Vermittlung in Streitfällen usw. Die „Arbeiterstimme“ ist in beschränktem Sinne obligatorisch, indem die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes verpflichtet sind, ein Arbeiterblatt zu abonnieren, das natürlich die „Arbeiterstimme“ sein sollte. In den That ist ihr der Beschlüß zu Gunsten gekommen, aber ebenso auch den übrigen Arbeiterblättern.

Nach dem für die letzten 2 Jahre 1900 und 1901 vorliegenden Jahresberichte des Landeskomitees betragen die Einnahmen 126,597 Franks, wovon 64,704 Franks obligatorische Beiträge und 41,271 Franks aus freiwilligen Sammlungen, sowie 20,621 Franks verschiedene Einnahmeposten; die Ausgaben 123,814 Franks, wovon 80,720 Franks für Streiks und Gemeinkosten, 9650 Franks für Agitation und Delegation, 9570 Franks Bezahlungen und 23,843 Franks für verschiedene Sachen (Drucksachen, Post, Prozeßkosten usw.). Der Vermögensstand Ende 1901 8750 Franks, auf 16,000 Mitglieder und Angehörige der wichtigen Aufgaben des Gewerkschaftsbundes gewiß etwas wenig. Von den Streiks war derjenige der Gießer in Uzwil der längwirksamste, unglücklichste und kostspieligste, er verzögerte über 30,000 Franks und dabei mußten die Streikenden mit ihren Familien erst noch großes Elend erdulden. Aus diesem Streit können unsere schweizerischen Kollegen manche gute Lehre ziehen.

Streit- und Lohnbewegungen kamen in den beiden Jahren 117 vor, wovon 69 (29 Streiks und 40 Lohnbewegungen) i. J. 1900 und 48 (26 Streiks und 22 Lohnbewegungen) im Jahre 1901. Von den Streiks hatten 55 ganze, 15 teilweise und 11 keinen Erfolg; von den Lohnbewegungen verliefen 48 ganz, 7 teilweise günstig und ebenfalls 7 ungünstig. Ausgesichts der Krise und des weiteren Zustandes, daß es sich dabei vielfach um Waffenkämpfe handelt, kann man dieses Verhältniß der günstig zu den ungünstig verlaufenen Kämpfen als ein durchaus günstiges bezeichnen.

Die „Arbeiterstimme“ liegt im verlorenen Jahre auf 4700 Abonnenten, gegenwärtig zählt sie deren nur 4000. Um eine höhere Abonnementenzahl zu gewinnen und zugleich mehr Ertigkeit für den Abonnementstand zu erlangen, beantragte das Bundeskomitee, dem Gewerkschaftskongreß die Einführung des vollen an Stelle des beschränkten Obligatoriums, doch stieß der Antrag vielfach auf Widerstand. Einmal hatten die Metallarbeiter die Absicht auf Herausgabe eines eigenen Verbandsorgans, in welchem Sinne auf ihrem Verbandstage auch beschlossen wurde und wovon die notwendige Folge der Verlust der Abonnenten der „Arbeiterstimme“ in den Metallarbeiterkreisen ist. Und sodann waren alle Freunde der lokalen Arbeiterpreise, die sich in den letzten 15 Jahren an verschiedenen Orten entwickele, gegen das Obligatorium der „Arbeiterstimme“ und überhaupt gegen deren Weitererscheinung, um mehr Raum für jene zu gewinnen.

In Bezug auf das gegenwärtige Verhältniß der Verbände zum Gewerkschaftsbund beginnt. Bundeskomitee machte sich schon seit längerer Zeit Unzufriedenheit gestellt. Man empfand das Verhältniß als eine ungemeine Abhängigkeit und Bevormundung und in finanzieller Beziehung insoweit als nachtheilig, als die Beiträge an den Gewerkschaftsbund einen großen Theil der Beiträge, welche die Verbandsstassen von den Sektionen erhalten, vertheilten und die Folge davon leere oder schwache Verbandsstassen sind, während auf der anderen Seite gewöhnlich

auch die Klasse des Gewerkschaftsbundes keine erheblichen Summen enthält. Man strebt also daran, das Schwergewicht der Gewerkschaftsbewegung in die Verbände zu legen, sie selbstständig und vom Gewerkschaftsbund unabhängig zu machen, sowie sie finanziell zu trüftigen, und zu diesem Zwecke stellte der Gipser- und Malerverband folgenden Antrag:

1) Der Gewerkschaftsbund löst sich in seiner gegenwärtigen Form auf und constituiert sich neu unter hauptsächlicher Anlehnung an Art. 3 und 5 des gegenwärtigen Statuts zwecks gegenseitiger Hilfeleistung und einer einheitlichen Leitung.

2) Oberste Leitung bildet ein Bundeskomitee, welches die Verbindung der Verbände untereinander reguliert, dieselben in der Organisation thätig unterstützt, indem es dieselbe möglichst einheitlich zu gestalten sucht; es überwacht das gesamte wirtschaftliche Leben, fördert die gewerkschaftlichen statistischen Erhebungen, unternimmt überhaupt alles, was zur Hebung der gewerkschaftlichen Organisation von Nutzen sein kann.

Auf Wunsch steht es auch den Verbänden zur Vermittlung bei Konflikten irgend welcher Art zur Seite.

Die Ergebnisse seiner Beobachtungen und die Vorgänge von allgemeiner Bedeutung innerhalb der Verbände, sowie der Organisation anderer Ländertheilt es in einem wöchentlichen Blatte den Verbänden mit und stellt es in solcher Zahl zur Verfügung, daß es jeder Verbands- und Sektionsvorstand erhält.

Zwei bis drei Mitglieder des Bundeskomitees sind fest besetzt und sollen dieselben alle drei Stadtgebiete persönlich agitatorisch bearbeiten können und die Redaktion des Blattes besorgen.

3) Zur Besteitung aller aus oben Genanntem entstehenden Kosten zahlen die Verbände einen monatlichen Beitrag von 5 Cts. pro Mitglied an das Bundeskomitee, welches denselben im Blatte quittirt.

Über diesen Antrag wurde auf dem Gewerkschaftskongreß in Bern eine mehrstündige Debatte geführt, an der sich über 20 Redner beteiligten, wovon die meisten in zustimmendem Sinne. Entschieden befürwortet wurde er von den Vertretern der Textilarbeiter und des Bundeskomitees, die eine schwere Schädigung der kleineren Verbände wie der gesamten Gewerkschaftsbewegung von der Annahme des Antrages befürchteten. Allein das Ergebnis war die Annahme des Malerantrages mit 192 gegen 55 Stimmen. Damit ist ein wichtiger Schritt in der Reorganisation der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung gemacht, indessen muß erst die Erfahrung lehren, ob er auch zweckmäßig und nützlich war.

Zur notwendigen Statutänderung, Wahl der beider Sekretäre u. s. w. soll in den nächsten Monaten eine außerordentliche Delegirtenberatung des Gewerkschaftsbundes einberufen werden. Als neuer Vorort wurde, nachdem Zürich, wo er 10 Jahre lang gewesen, eine Wiederwahl abgelehnt, Bern gewählt. Aus den weiteren Verhandlungen des Kongresses sei noch erwähnt die Annahme einer Protestresolution gegen den neuen Zolltarif, der eine bedeutende Erhöhung der Lebensmittelzölle, allerdings auch der Industriezölle usw. vor sieht und ferner die Annahme einer Resolution, betreffend die Abschaffung der Nacharbeit in den Mühlen.

Am Dienstag fand in der französischen Kirche der schweizerische Arbeitertag statt, der von 334 Delegirten besucht war, die nominell 156,000, in Wirklichkeit vielleicht 60,000 bis 80,000 Mitglieder von Gewerken, Gründlern, katholischen Organisationen und Rentenklassen vertraten.

Auf der Tagesordnung standen der neue schweizerische Zolltarif, die Neutralität der Gewerkschaften und die Revision der Haftpflichtgesetze. Die Behandlung des ersten Punktes bot das traurige Schauspiel, daß der Sicherheitsrat Greulich ein Referat für den Zolltarif hielt, im Widerspruch mit der Annahme der gesamten Arbeiterschaft und der Arbeiterrichter. Einstimig wurde eine Protestresolution gegen jede Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände angenommen und so Greulich in einer Weise desabouriert, wie es wohl noch keinem Arbeitgeber passierte.

Erregte Debatte wurden über die Neutralität der Gewerkschaften geführt. Referenten hierüber waren Genoße fürtholz-Solothurn und der Missionar Dr. Decurtins-Schmid (Graubünden), beide Abgeordnete. Fürtholz zeigte und wies nach, wie die ultra-montanen Politiker gar nicht daran denken, die unter ihre Aufsicht gerathenen Arbeiter in die Gewerken zu schicken und daß sie im Gegentheil eifriger denn je katholische Arbeitervereine gründen und noch zu diesem Zwecke den Gewerkschaften Mitglieder entziehen; ferner, wie in elender, verlogener und schmutziger Weise die katholische Presse die Sozialdemokratie und die ganze Arbeiterbewegung schmäht und bekämpft. Aber es gibt in unseren Reihen Politiker, welche trotz allem glauben, ohne die Missionare im Arbeiterbund nicht weiter bestehen zu können, und so wurden folgende zwei Punkte der vom Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes beantragten und von Fürtholz vertretenen Resolution nicht, wie zu wünschen gewesen wäre, angenommen, sondern dem Bundesvorstand überwiesen, was wohl mit ihrer Beiseitelegung gleichbedeutend ist; die beiden Punkte lauten:

2) Da der Katholikenverein (früher Piusverein) keine Arbeiterorganisation, sondern ein katholischer Propagandaverein ist und für dessen Beschlüsse und Aktionen Niemand die Verantwortlichkeit innerhalb des Bundesvorstandes übernehmen kann, gehört derselbe nicht im

den schweizerischen Arbeiterbund und hat seinen Ausstritt zu nehmen.

4) Verbände und Vereine, die inskunstig dieser Pflicht beharrlich nicht nachkommen, oder ihr sogar entgegen wirken, verlieren das Recht, im Bundesvorstand des Arbeiterbundes vertreten zu sein; ebenso können künftig solche Personen, die den durch die Gewerkschaften vertretenen Berufs- und Eigentuminteressen der Arbeiterfeindselig gegenüberstehen, nicht mehr dem Bundesvorstand des schweizerischen Arbeiterbundes angehören.

Angenommen wurden dagegen die Punkte 1 und 3, welche lauten:

1) Die Gründung von katholischen Fachvereinen, wie dieselbe in Rorschach, Chur, St. Gallen usw. stattgefunden hat und auch anderwärts angestrebt wird, wird als ein Bruch des Luzerner Neutralitätsbeschlusses erklärt, da sich diese Fachvereine auf einen konfessionellen Standpunkt stellen. Diese Fachvereine sind sofort aufzulösen und deren Mitglieder haben sich den bestehenden neutralen Fachvereinen anzuschließen.

2) Der Beschluss des Luzerner Arbeiterhauses betreffend die Förderung des Gewerkschaftswesens wird aufrecht erhalten und es wird den Verbänden und Vereinen des Arbeiterbundes neuerdings zur Pflicht gemacht, mit allen Kräften für eine einheitliche und umfassende gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter aller Berufe zu wirken, sowie die bestehenden und sich neu bildenden Berufsverbände und -Vereine zum Anschluß an den Gewerkschaftsbund zu bewegen.

Für die Annahme dieser beiden Punkte redeten und stimmten auch die katholischen Delegierten, aber sie werden nicht abgestoßen nach wie vor ihre Sonderbündelei treiben und die katholischen Arbeiter von den Gewerkschaften fern zu halten sich bestreben. Hoffentlich machtfieren diese trotz alledem rüdig vorwärts und dehnen immer mehr ihre Kreise aus.

In Bezug auf die Revision der Haftpflichtgesetze wurden zahlreiche Thesen angenommen, doch dürfte diese Revision noch nicht so bald erfolgen.

Vom internationalen sozialistischen Secretariat in Brüssel waren an den Gewerkschaftscongres und an den Arbeitertag Begrüßungstelegramme eingelaufen, die beißige Aufnahme fanden.

—r.

Mittheilungen aus der Metallindustrie.

Der Verband deutscher Fabrikal-Werke in Köln hat sofort nach seinem Zustandekommen den Fabrikanten von Metallgeschäften und Kleiderfabriken seine Bedingungen ergeboten; er erhöhte die Preise um 30 bis 35 Prozent und traf Maßregeln zur Regelung der Produktion. Die Schleifer- und Gläserfabrikanten werden nun auch ihrerseits die Preise bedeutend erhöhen müssen.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Die Dürrfeldorfer Maschinenbau-Aktiengesellschaft vom Losenhausen schließt mit einem Verlust von 81,871 M. ab; zur Deckung wird der Reservesonds herangezogen. — Die Breslauer Waggonfabrik Hofmann u. Co. wird eine Dividende von 13½ Proz. (18 Proz.) versprechen. — Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik erzielte 969,777 Mark (1,786,951 M.) Reingewinn. Dividende 6 Prozent. — Die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin beziffert ihren Reingewinn auf 1,285,866 M. (2,874,878 M.). Dividende 4 Proz. (8 Prozent). — Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-AGt. erzielte einen Reingewinn von 896,677 M. (1,010,251 M.). Dividende 16 Proz. (16 Proz.). — Ludwigsfelde u. Co. gaben ihren Reingewinn auf 1,022,291 Mark (1,980,667 M.) an. Dividende 12 Proz. (24 Proz.). — Die Eisengierei vom. & H. H. Homann verzeichnet einen Reingewinn von 85,518 M. (22,312 M.). Dividende 3 Prozent. (8 Prozent). — Die Königliche Fabriken in Sachsen jährt mit einem Verlust von 730,647 M. ab. Durch eine Neuorganisation des Unternehmens — Zusammenlegung der Ämter und Zusammensetzungen in Höhe von 834,034 M. — ist die Unterbilanz getilgt. Jedoch macht die Auflösung den Eindruck, daß eine feste Grundlage für das Unternehmen noch nicht gewonnen ist.

Fahrtrahmenten der Vereinigten Staaten. Die Produktion von zwei- und Dreirädern in den Vereinigten Staaten von Amerika erreichte im Jahre 1900 einen erheblich höheren Wert als 1899. Die Zahl der Fahrtrahmenten betrug bei der letzten Zählung 512 über 285 mehr als vor zehn Jahren; ihr Kapital belief sich auf 29,783,639 Dollar oder 27,725,587 Dollar mehr, die Zahl ihrer Lohnempfänger auf 17,525 oder 15,728 mehr, die Höhe der von ihnen gezahlten Löhne auf 8,189,817 Doll. oder 7,207,503 Doll. mehr als 1890. Die Fahrten verbrauchten 1900 Materialien im Gesamtwert von 16,792,051 Dollar oder 16,072,203 Doll. mehr und hatten allgemeine Gewinnsummen in Höhe von 2,252,604 Dollar oder 2,010,586 Doll. mehr als im Jahre 1890. Der Bericht ihrer Erzeugnisse einschließlich der von ihnen ausgewiesenen Steueraufnahmen setzte sich auf 31,915,905 Dollar oder um 23,347,552 Dollar höher als bei dem vorigen Bericht.

Der amerikanische Stahlraat verantragte den Steinabzug für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr auf 111,667,195 Dollar. Die nebenprozentigen Vorzugsaktien erhielten die volle Vergütung, die Stammaktien 4 Prozent.

Die Direktoren der Bethlehem Corporation genehmigten den Plan, siebenprozentige Vorzugsaktien im Betrage von 200 Millionen zu rütteln und fünfprozentige Bonds in Höhe von 250 Millionen auszugeben. Der Plan wird den Aktionären zur Genehmigung unterbreitet werden. Derartige Transaktionen gehören nicht zu den sünden, wenn auch an der sepien Quotient geprägt wird, so erhält sich das Aktienkapital, ohne daß eine reale Grundlage dafür geschaffen ist. Diese nominelle Vergütung des Kap-

tals bezeichnet man gewöhnlich als eine Verwässerung des Aktienkapitals. Es muß also für nicht vorhandenes, rein spekulatives Kapital eine Verzinsung geschaffen werden, die für eine Gesellschaft dann verhängnisvoll werden muß, wenn schlechte Geschäftsjahre eintreten. Diese Befürchtung ist aber gerade jetzt zu hegen, wo der Markt unter einer überschwenglichen, ungejüden Entwicklung bald unter einer abwärts gehenden Konjunktur schwer bedroht bedroht ist. Natürlich fließt bei dieser Umwandlung des Aktienkapitals wieder eine beträchtliche Summe in die Taschen der Gründer, sie sind auch die Meistinteressenten an solchen Schiebungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mitteilung.

Da trotz des ziemlich klaren Beschlusses der letzten Generalversammlung noch verschiedentlich über die Stärke der Vertretung des Verbandes auf dem 3. deutschen Gewerkschaftscongres Unklarheit zu herrschen scheint, wiederholen wir an dieser Stelle, daß von den Mitgliedern im Ganzen 11 Vertreter zu wählen sind. Zu diesem Zwecke bildet der Verband 11 Wahlkomitees, von welchen jede einen Vertreter zu wählen hat. Es ist dies in dem den Ortsverwaltungen zugegangenen und in der letzten Nummer veröffentlichten Wahlreglement nicht besonders gesagt, ergibt sich aber ohne Weiteres aus dem Beschuß der Generalversammlung und dem Inhalt des Reglements.

Sodann sind in der Publikation in letzter Nummer einige Unrichtigkeiten enthalten, die hierdurch berichtigt werden.

Zunächst handelt es bei der Wahl zum Gewerkschaftscongres nicht um den 3., sondern um den 4. Gewerkschaftscongres.

Die Adresse des Wahlkomitees der 2. Wahlabteilung (Schlesien) ist: Mag. Kordigk, Breslau, Kleine Scheitingerstraße 44.

Die Adresse des Wahlkomitees der 4. Wahlabteilung (Brandenburg w.) ist Hermann Faber, Stettin, Deutsche Straße 16.

Sodann ist bei der 5. Wahlabteilung als Zentralwahlkomitee die allgemeine Verwaltungsstelle in Zena angegeben. Dies ist nicht richtig. Nach einem Beschuß der Konferenz für den 4. Agitationsbezirk, der ja nunmehr die 5. Wahlabteilung bildet, soll Leipzig als Vorort für das Zentralwahlkomitee fungieren. Indem wir den Mitgliedern der betreffenden Wahlabteilung dies zur Kenntnis unterbreiten, ersuchen wir als Adresse des Zentralwahlkomitees für die 5. Wahlabteilung nicht die des Kollegen Freih. Meinhardt in Zena, sondern die des Kollegen Otto Neide, Leipzig, Windmühlenstraße Nr. 11 zu benennen. Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß den Mitgliedschaften und Bevollmächtigten für die 5. Wahlabteilung ein besonderes Wahlreglement in der verlorenen Woche zugegangen ist, weil die Einzelmitglieder im Königreich Sachsen der Landesgesetz wegen Mitgliedsveranlagungen zur Wornahme der Wahl nicht einverufen können.

Die Adresse des Wahlkomitees der 7. Wahlabteilung ist: Stephan Sturm, Gänsemarkt 55, I.

In der 9. Wahlabteilung ist bei der Drucklegung der Veröffentlichung für die Zeitung offenbar eine ganze Zeile ausgelassen worden, es fehlen nämlich in der Bekanntmachung die Ortsnamen Koschtein, Gorau, Höxst. a. M., Kassel, Kölnerbach und Koblenz. Hinzufüügen ist ferner Diezenbach und das irrtümlich unter der 10. Wahlabteilung angegebene Worms. Die 9. Wahlabteilung umfaßt also folgende Orte: Alzen, Bieber, Biebrich, Bürgel, Darmstadt, Dingenbach, Ditzheim, Fechenheim, Frankfurt a. M., Gießen, Griesheim a. M., Guntersburg-Koschtein, Hanau, Höchst. a. M., Kassel, Kölnerbach, Koblenz, Lümmerspiel, Langen, Völler, Mainz, Marburg, Mühlheim a. M., Neu-Jenningburg, Neu-mied, Oberoden, Oberstein, Oberursel, Offenbach a. M., Pfungstadt, Schmalzfelden, Sprendlingen, Urberach, Weisenau, Biesbaden (Allg. und Spengler), Worms.

Aus der 10. Abteilung schiedet Worms, weil zur 9. gehörig, aus und ist daher in der betreffenden Zusammenstellung zu streichen.

Adresse des Komitees der 10. Wahlabteilung: Leopold Rückert, Schloß, Karlsruhe, Käpplerstraße 38, II.

Die Zentralwahlkomitees machen vor hierdurch darauf aufmerksam, daß ihnen im Laufe der verlorenen Woche weiteres Material für die Wahl zugegangen ist, bestehend in Dokumenten zur Aufnahme der Wahlvorschläge und der Wahlresultate. Diejenigen, die diese Sendungen bis jetzt noch nicht erhalten haben, wollen dies ungehend nach hier mittheilen.

* * *
Ausgeklöppelt aus dem Verband wird nach § 3 Abs. 7a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltung Berlin:

der Dreher Richard Küther, geb. zu Berlin am

8. August 1877, Buch-Nr. 225,889,

die Frau F. Hahn, geb. zu Königsberg am 23. März

1872, Buch-Nr. 377,986, beide wegen Streitbuchs;

auf Antrag der Verwaltungsstelle in Oppeln:

der Modelleur Eduard Höschigk, geboren zu

Berndorf am 1. Mai 1856, Buch-Nr. 463,641,

wegen Veruntreuung von Verbandsbeiträgen;

auf Antrag der Verwaltungsstelle in Würzburg:

der Schlosser Wilhelm Göbler, geb. zu Landsberg

am 21. Februar 1860, Buch-Nr. 399,094, und

der Schlosser Jos. Radl, geb. zu Sangerberg am 2.

Buch-Nr. 363,981, wegen begangenen Diebstahls

an mir ihnen auf der Bandwirtschaft befindlichen

Verbandskollegen.

Wieder aufgenommen werden darf die an dieser Stelle in Nr. 48, Jahrg. 19, wegen Nichtbeachtung einer verhängten Sperrre als ausgeschlossen verhängte Belegschaftsleiter Elise Roth, geb. zu Bolzdorf am 30. November 1880.

* * *
Werden sie betreffender Anträge auf Ausschluß aus dem beginnenden Geschäftsjahr in den Verband wird hierdurch den nachstehend bezeichneten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die die Anträge auf Ausschluß be-

gründenden Vorwürfe mit dem Bemerkungen gegeben, daß sie, sofern sie auf dreimalige Bekanntmachung dieses hin sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt:

dem bisherigen Unterklassier Metallarbeiter Daniel Schmitt, Buch-Nr. 395,310, nach dem von der Verwaltung Essen gestellten Antrage Veruntreuung von vereinahmten Geldern für Beiträge von den Mitgliedern in Oberhausen;

dem bisherigen Unterklassier Schlosser Oswald Lehmann aus Straupitz, Buch-Nr. 464,518, nach dem von der Verwaltung Zeichenheim a. M. gestellten Antrage Veruntreuung eingezogener Beitragsgelder in Wochenbeiträgen;

dem früheren Unterklassier Hobler bzw. Dreher Otto Albinus aus Eberbach, Buch-Nr. 455,880, nach dem von der Verwaltung Wilhelmsburg gestellten Antrage Veruntreuung von eingezogenen Geldern für Verbandsbeiträge.

Das Mitglied Max Beipelt, Buch-Nr. 344,990, wird auf Veranlassung der Verwaltung Unsach um seine jetzige Adresse gebeten. Verwaltung, Geschäftsführer und Mitglieder, die zweckdienliche Mittheilungen über seinen jetzigen Aufenthalt machen können, werden darum ersucht.

Alle für den Verband bestimmten Geldeinlagen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Straße 16 b zu richten, und ist auf dem Postabzähln genau zu merken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit collegialem Gruss

Der Vorstand.

Aus den Agitationsbezirken.

Rheinisch-Westfälische Formerkonferenz.

Sonntag, den 11. Mai, Vormittags 11 Uhr, in Barmen im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Stellungnahme der Rheinisch-Westfälischen Formerk gegenüber dem früheren Vertrauensmann der Formerk nach dem Anschluß an den Metallarbeiter-Verband und endgültige Beschlußfassung darüber. 2. Abstimmung über die vorhandenen Fonds und etwa noch zu leistenden Beiträge. 3. Verschiedenes.

Die Schiffer-Kommission.

Korrespondenzen.

Formerk.

Barmen-Elspeb. Unter den Berufen am Orte, die unter der Wirtschaftskrisis zu leiden haben, suchen in erster Linie die Formerk. Die Gießereibesitzer betrachten die Krise als den geeigneten Zeitpunkt, um über uns her zu fallen. Allen voran die Firma Rob. Spies-Limbach, wo die Kollegen im letzten Halbjahr verschiedene Male in Differenzen standen. Das eine Mal waren es Lohnabzüge, wo nach langen Unterhandlungen ein Vergleich gejubelt wurde, das andere Mal sollte mit aller Gewalt Auffordarbeit eingeführt werden. Doch die Formerk standen einmütig ihren Mann, fest zur Arbeitsniederlegung entschlossen, worauf in letzter Stunde Herr Spies sich zur Zurücknahme der Auffordarbeit bequeimte. Auf die Einführung der Auffordarbeit scheinen sich die Herren Gießereibesitzer überhaupt verbissen zu haben, so C. G. Linden, Feldhoff, was der Firma jedoch bisher nicht gelang. Gegenwärtig ist die Firma Dr. W. Tenge, Wupperthalter Eisenhütte, welche die Einführung des Auffords im Schilde führt, doch sind auch hier die Kollegen gerüstet. Mögen die auswärtigen Kollegen sich nach hier vorziehen. Die Firma Tenge bringt es fertig, neue eingetretene Formerk einen Stundenlohn von 32 Pf. anzubieten. Der größte Teil der Kollegen, die in Gießereien beschäftigt sind, gehört dem Metallarbeiter-Verband an, gegenwärtig ca. 280. Mögen die heute noch Fernstehenden in Wälde sich uns anschließen, dann gibt uns dies die Gewähr, recht bald zu einer durchgreifenden Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse schreiten zu können.

Gevelsburg. Am 2. April wurden zwei Formerk der Firma Stöckl u. Schmitz in Wilspe gekündigt, unter dem Vorbehalt, daß sie einen Formerk, der im Jahre 1899, wo die anderen im Streik standen, als Streikbrecher fungirt hat, belöstigt hätten. Mit den Entlassenen erklärten sich die übrigen bei der Firma Stöckl u. Schmitz Beschäftigten solidarisch und stellten folgende Forderungen: 1. Zurücknahme der Kündigung; 2. Wahl eines Fabrikatschülers; 3. Verkürzung der Arbeitszeit; 4. Reinigung der Aborte; 5. die Cupolöfen sollen so eingerichtet werden, daß die Gieße nicht mehr in die Formhalle eindringen. Eine fünfgliedrige Kommission wurde am 7. April bei der Firma vorstellig. Der erste Punkt war bereits erledigt, da die Firma die Kündigung inzwischen zurückgezogen hatte. Die Wahl eines Fabrikatschülers wurde bewilligt, ebenso die Verkürzung der Arbeitszeit und die übrigen Forderungen. Das war der Erfolg der Einigkeit, des geschlossenen Vorgehens.

Metallarbeiter.

Bernburg. Fortwährende Lohnabreduktionen werden bei der Firma Siedersleben u. Co. vorgenommen. Bei den Lohnabreduktionen der Arbeiten, die von Lehrlingen angefertigt werden, ging man so weit, daß es ein Lehrling nur 85 Pfennig Aufforderdienst in der Woche brachte. Bei den Lohnabzügen soll von der Firma die Assistenz des Werkmeisters Rohrfeil sehr geschwächt sein. Ein Arbeiteratlas besticht leider nicht. Wäre ein solcher vorhanden, dann wäre es sicher auch unmöglich, daß die Firma Arbeiter, denen 30 Pfennigmärkte auf der Invalidenkarre gesetzt werden müßten, nur 24 Pfennigmärkte habe. — Auch in der vormaligen Bodenwerderischen Maschinenfabrik sind Entlassungen und Lohnabreduktionen an der Tagesordnung. Das Glück ist von der Firma Deutsche Solvabwerke zu sagen. Dies müssen sich leider die Kollegen meist widersprüchlich gefallen lassen, da sie nicht oder nur mangelfhaft organisiert sind.

Zella. Am 7. April fand im Saal zum "Lindenhof" eine Versammlung der gesamten Arbeiterchaft der Firma Zell statt. Diese Versammlung erhob in einer Resolution

energischen Protest gegen die verschiedenen entstießen, ja man muß sagen erlungenen Berichte, verschiedener Organe der Scharfmacherpresse. In ungefähr einstündigem Ratsschlag erklärte der Vorstand des Arbeiter-Vorstandes der Firma Beiß, daß von einer Differenz zwischen der Arbeiterschaft und der Leitung der Firma Beiß bezügl. des Professors Abbe gar keine Rede sein könne. Vielmehr sei Professor Abbe in vollständig gutem Einvernehmen von den Arbeitern, bezügl. der mit ihm in Verhandlungen getretenen Arbeiterausschuskommission geschieden. Mit seinem Wort habe er geäußert, wenn dauernd zu verlassen und nach Lugano (Schweiz), seinem jetzigen Aufenthaltsort, überzusiedeln. Gleich Anfang seiner Rede geizte der Referent verschiedene Schreibereien einiger Scharfmacher-Organisationen. Den Anfang mit diesen gehässigen, boshaften Gezeiten machte die "Jenaische Zeitung". Ein anderes dort erscheinendes Blatt, das "Jenaer Volksblatt", brachte hierauf mehrere, alle derartige, übertriebenen Gerüchte demontierende Artikel. Die Geschäftsführung der Firma Beiß sandte ebenfalls einen der Wahrheit entsprechenden Bericht an die Jenaische Zeitung. Doch auch dieser wurde nur entstellt wiedergegeben. Wie hat sich Augenschein all dieser Gezeiten folgende Ansicht aufgeprägt: Jemand eine Person der Firma Beiß, welcher alle die von Humanität und sozialer Denkungsart zeugenden Einrichtungen der Firma Beiß ein Dorn im Auge sind, möchte (auß welche Art kommt es dieser gewissenlosen Person nicht an) zwischen der Arbeiterschaft und der Leitung der Firma bez. des Professors Abbe einen Konflikt hervorruhen. Daß dies niemals eintreten wird, liegt nur daran, daß, wie der Referent ausführte, "die Geschäftsführung bez. der Professor Abbe auf viel zu fortschrittlichem Standpunkt stehen, um sich gegen Neuerungen oder Verbesserungen, die für das gesamme Personal der Firma von Nutzen sind, zu verschließen." Im Gegenteil habe Professor Abbe schon öfter den Arbeitern der Firma gegenüber geäußert: "Sorgen Sie dafür, daß die Arbeiterschaft anderer Betriebe sich Vortheile erkämpft, dann können auch wir wieder einen Schritt weiter gehen." Augenschein dieser Thatsachen könnte man es wohl kaum begreifen, wenn die Arbeiter der Firma Beiß es aus purem Übermut, will ich einmal sagen, zu einem Konflikt oder Krieg zwischen der Firma Beiß und der Arbeiterschaft derselben kommen ließe. Dazu sind dieselben schon viel zu aufgeklärt. Für die Scharfmacher wäre dies ja natürlich einmal ein gefundenes Fressen und Stoff auf lange Zeit, aber sie müssen sich gedulden, diesen Gefallen erweisen ihnen die Arbeiter nicht, es sei denn, sie wären von ebenjedem einfältiger Dummmheit und Beschränktheit wie es die meisten Scharfmacher sind.

Kronenberg. Nachdem die Organisation hier seien Fuß gesetzt, sollte es auch schon zu Kämpfen kommen und zwar war es die Firma Cleff-Mühhausen, Schreibereien, welche glaubte, den Kampf mit dem Metallarbeiterverband aufzunehmen zu können. Cleff beschäftigt insgesamt 34 Arbeiter, von denen hatten 11 in einer Mitgliederversammlung am 9. März ihren Beitritt zum Verbande vollzogen. Am Samstag darauf wurde denselben gefündigt mit der Motivierung: "Ich will keine Arbeiter haben, die in dem Verband sind, da bleibt man nicht mal mehr Herr in seiner Bude." Wenn aber der Unternehmer glaubte, durch diesen Schreisfußemanden einzuschüchtern zu haben, so hatte er sich nützlich getäuscht, das Gegenteil trat ein. Alle Arbeiter (mit einer Ausnahme) als auch die dort beschäftigten Arbeitervinnen traten daraufhin sofort unserem Verbande bei, und schickten eine Kommission vor, um die Zurücknahme der Kündigungen zu erwirken. Als dieses nicht geschah, reichten sämtliche Beschäftigten Herrn Cleff ihre Kündigung ein. Der Unternehmer hatte das nicht erwartet, denn er versuchte während der Kündigungsfrist alles, um Einzelne der Arbeiter zum Umschlag zu bewegen; doch vergebens. Ehe die Kündigungsfrist abgelaufen, hatte sich Herr Cleff eines besseren besonnen und nahm seine Maßnahme zurück, den Arbeitern den Sieg überlassend. Die Sache hatte auf einen Zerithum beruht, wie Herr Cleff meinte: "Er hatte nicht gewußt, daß in anderen Betrieben hier am Platze auch Arbeiter in dem Verbande wären." (Ei! Ei!) Die Organisation ist nunmehr in unaufhaltsamem Fortschritt begriffen. Die beiden letzten Versammlungen, in denen Kollege Dr. Götzenbach (welcher auch als Vorsitzender unserer Verwaltung fungierte) referierte, waren überaus stark besucht, durch jubelnden Beifall wurden des Letzteren die Ausführungen des Referenten unterbrochen; dies kennzeichnet die Stimmung, welche unter den Kollegen herrscht. Die Allgemeine Verwaltung zählt nunmehr über 250 Mitglieder, gegenüber 72 am 1. Januar 1902, und sorgfältig strömen neue Mitglieder zu. Hierzu die Sektion der Schleifer, welche über 130 Mitglieder zählt, verzeichnet wir nunmehr ca. 400 Mitglieder am Platze, wo vor stark Jahresfrist noch kein Mitglied zu verzeichnen war. Uns aber werden die bisherigen Erfolge nur zu neuer Tätigkeit anspornen.

r. Nürnberg. Mit der Frage der Einführung der Krankenversicherung bezügl. mit der eventuellen Verschmelzung der Metallarbeiter-Seniorenkasse mit unserem Verband beschäftigten sich die zwei letzten Mitgliederversammlungen der hiesigen allgemeinen Verwaltungsstelle. Kollege Höning bat zu dieser Frage das einleitende Referat überzutragen. In seine Ausführungen knüpfte sich eine sehr lebhafte Diskussion. Es gelangte schließlich folgender Antrag zur einstimmigen Annahme: "Die Mitgliederversammlung der allgemeinen Verwaltungsstelle Nürnberg erblickt in dem weiteren Ausbau der bestehenden, sowie in der Einführung neuer Unterstützungsseinrichtungen ein hervorragendes Mittel, um unsere Mitglieder an den Verband zu fesseln. Die Versammlung spricht daher den Wunsch aus: Die demnächst zu München folgende Generalversammlung der Allgem. Kranken- und Alterkasse der Metallarbeiter möge ihre Zustimmung geben, daß Schritte eingeleitet werden, die eine Verschmelzung beider Organisationen, Krankenkasse und Verband, in geeigneter Weise herbeiführen. Sollte wider Erwarten die Generalversammlung der Krankenkasse eine ablehnende Haltung einnehmen, so erachtet die Versammlung den Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, er möge der im nächsten Jahre zu Berlin stattfindenden Generalversammlung eine die Krankenversicherung betreffende Vorlage unterbreiten. Eine

Kampforganisation wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat auch die Aufgabe, den Mitgliedern eine Krankenversicherung zu gewähren, die sie auch dann beanspruchen können, wenn sie infolge von Streits, Aussperrungen, Differenzen oder anderen Ursachen ihren bisherigen Wohnort verlassen müßten. Aus diesen Gründen hält die Versammlung es auch für sehr zweckmäßig, wenn die übrigen Verwaltungsstellen des Verbandes schon jetzt diese Frage in ihren Versammlungen besprechen."

Menscheid. Zwischen den Formern und der Firma Spieß (Menscheider Eisenhütte) ist es zu Lohnstreitigkeiten gekommen. Nachdem schon im vorigen Jahre den dort beschäftigten Arbeitern ein Lohnabzug von 5 Proz. gemacht worden war, wurde im Januar dieses Jahres einem Theil der Arbeiter wegen Arbeitsmangel gefündigt. Trotzdem die Firma auf die Entlassungsscheine gejüngt hatte, daß, sobald die Arbeit wieder besser ginge, sie die ersten sein würden, welche wieder eingestellt würden, wußte man es jedoch so einzurichten, daß dieselben nicht wieder eingestellt wurden. Daum acht Tage später wurden andere Formen, und zwar zu niedrigeren Löhnen, eingestellt. Zu gleicher Zeit wurde verucht, Akkordarbeit einzuführen. Nachdem sich mehrere Formen-Versammlungen mit diesen Verhältnissen beschäftigt hatten, wurde es den Kollegen anhängiggestellt, hiergegen vorzugehen. In einer Werkstättenversammlung wurde eine Kommission gewählt, welche der Firma folgende Vorschläge machen sollte: 1) Gänzliche Beseitigung der Akkordarbeit; 2) 5 Proz. Lohnzuschlag; 3) für Überstunden 10 Proz. und für Sonntagsarbeit 50 Proz. Lohnzuschlag; 4) zehntägige Arbeitszeit. Letzt beträgt die selbe 10 Stunden 10 Min. Die Kommission wurde am Dienstag, den 1. April, vorstellig, sie erreichte jedoch nichts, indem Herr Spieß sämtliche Forderungen kurzer Hand ablehnte. Eine nochmalige Unterhandlung hatte dasselbe Resultat wie die erste. Hierauf kündigten sämtliche Formen und Metzgerfamilien in Kündigung stehende Kollegen (21) sind im Q. M.-A.-V. organisiert.

Gehnisches.

Krankheitserscheinungen bei Eisen und Kupfer. Im württembergischen Ingenieurverein, Sektion Stuttgart, hielt kürzlich Professor E. Heyn-Chorltonburg einen interessanten Vortrag über "Krankheitserscheinungen bei Eisen und Kupfer".

Nach der Ansicht des Redners ist zu erwarten, daß mit fortwährender Erfahrung die scharfe Grenze zwischen lebendiger organischer und nichtlebender organischer Welt verschwindet. Verfolgt man das Verhalten der Metalle, insbesondere dasjenige des Eisens genauer, so steht man auf Vorgänge, die mit den Lebensäußerungen der organischen, insbesondere der Pflanzenwelt weitgehende Ähnlichkeit haben. So wie im Frühling der Temperaturwechsel in der Pflanzewelt lebhafte chemische Thätigkeit ausübt und eine enige Bautätigkeit hervorruft, so vermag auch innerhalb von Metallen Temperaturwechsel Vorgänge zu verursachen, die an Leben erinnern und im Allgemeinen als Kristallisationserscheinungen bezeichnet werden. Welch reiches Leben entfaltet sich innerhalb unseres technisch erzeugten Eisens bei Erhitzung und Abkühlung! Das Eisen nimmt dabei gleich einem Chamäleon beiändig wechselnde Gestalt an. Es ist zu erwarten, daß im Laufe solcher Umwandlungen das Metall auch Zustände durchmacht, in denen es für die praktische Verwendung mehr oder weniger ungeeignet ist; solche Zustände können als "unbrauchbare Zustände" bezeichnet werden. Sie sindtheils hellbar, theils nur durch völliges Umstechen zu bezeichnen. Metalle können auch bereits bei ihrer Erzeugung mit Krankheiten behaftet sein. Der Vortragende geht näher auf einzelne Krankheitserscheinungen ein und erwähnt zunächst die Folgen der Überhitzung bei Kohlenstoffarmen Glüheisenarten. Auf Grund von Versuchen und an der Hand von Skizzenbildern leitete der Vortragende folgende Gesetze für diese Krankheit des Eisens ab: 1) Wird feinkörniges Glüheisen bei Wärmegraden oberhalb 1000° geheizt, so tritt bei genügend langer Glühdauer Steigerung der Sprödigkeit ein. Diese Steigerung ist um so erheblicher und zeigt sich in um so kürzerer Zeit, je höher die Glühtemperatur liegt. Durch geeignete Wahl von Glühgrad und Glühdauer ist man im Stande, dem Metall innerhalb bestimmter Grenzen jede beliebige Sprödigkeit zu verleihen. 2) Rastet Wiederkörpern auf etwa 1100°, vereinigt die Sprödigkeit ganz odertheilweise. Hierauf kann ein Verfahren zur Heilung der Krankheitserscheinung gegeben werden. 3) Wird ein Glüheisen, welches längere Zeit bei genügend hohem Wärmegrad geglüht ist, so daß es bei ungestörter Abkühlung Sprödigkeit zeigen würde, während der Abkühlung von diesem Wärmegrad bis zu heller Rotglut mechanisch bearbeitet (gehämmert oder gewalzt), so zeigt es nach der Erkalzung keine Sprödigkeit mehr. 4) Der Bruch überdeckt Glüheisens zeigt nicht großes Horn, aber nicht ausnahmslos, da ja die Art des Bruchkörns von der Art der Erzeugung des Bruches abhängt. 5) Die einzelnen Krankheiten, aus denen sich das Eisen aufzart, sind im Zustande der Überhitzung oft von erheblichen Ähnlichkeiten. Indessen ist dies nicht ausschlaggebend für die Diagnose, da auf die Größe der Eisenkörper außer der Erhitzung auch die Art der Abkühlung Einfluß hat. Außerdem kann durch andauerndes Erhitzen von Glüheisen zwischen 700 und 850° (etwa 14 Tage) das Material in einen Zustand versetzt werden, in dem es unter dem Mikroskop sehr grobe Kristalle zeigt, in dem aber die Sprödigkeit ihr Minimum erreicht hat.

Auch Kupfer zeigt ähnliche Überhitzungsercheinungen wie Eisen. Es kann als durch Versuche ermittelt angegeben werden: 1) Die Biegungsfähigkeit von Kupferdraht wird durch Ausglühen überhalb 500° C. vermindert und zwar um so mehr, je höher die Glühtemperatur liegt. Bei gleicher Glühdauer nimmt die Biegungsfähigkeit Anfangs rasch, später sehr allmählich ab und scheint sich asymptotisch einem Mindestwert zu nähern. Dieser liegt um so tiefer, je höher die Glühtemperatur. Will man den höchsten Grad der Biegungsfähigkeit durch Ausglühen z. B. eines hartgezogenen Drahtes erzielen, so hat man bei 500° zu glühen, wobei die Dauer des Glühens nicht ins

Gewicht fällt; oder es hat sehr rasches und kurzes Erhitzen auf eine höhere Temperatur bis etwa 1000° zu erfolgen. Oberhalb 1000° wird aber selbst nach kurzer Erhitzung die Biegungsfähigkeit bereits merklich vermindert. 2) Masches Wiederkörpern überhitzten Kupfers auf etwa 1000° beeinträchtigt die eingetretene Verminderung der Biegungsfähigkeit nicht wieder. Hier besteht also ein Unterschied zwischen Eisen und Kupfer. 3) Durch das Überhitzen wurde die Größe der das Kupfer aufbauenden Schichtlötner erheblich gesteigert. Bei starker Überhitzung waren die Körper derart groß, daß sie mit bloßem Auge auf der gereinigten Drahtoberfläche erkannt werden konnten. Mit wachsender Überhitzung erfährt die Körper auch eine Orientierung: die Kristalle sind längs gestreckt und stehen senkrecht zur Drahtoberfläche. Die zwischen Eisen und Kupfer bezüglich ihres Verhaltens gegenüber Überhitzung bemerkten Unterschiede erklären sich durch die Umwandlungsprozesse, welche das Eisen bei etwa 900° durchmacht. Bei Kupfer treten derartige Umwandlungsprozesse nicht auf. Zum Schluß machte der Vortragende noch auf die sogenannte "Wasserstoffempfindlichkeit" des Kupfers aufmerksam, die in der Praxis noch unbekannt sein dürfte. Durch Glühen in Wasserstoff- oder Leuchtgasflammen, Wasserstoffflammen usw., deren Luftzufuhr zeitweise ungenügend ist, um die Verbrennung des glühenden Kupfers mit überreinem Wasserstoff zu verhindern, kann im technischen Kupfer, falls darin Kohlenstoffdioxidgehalt von vornherein enthalten ist, was meist zutrifft, Rissbildung erfolgen. Das Kupfer ist dann praktisch völlig umbraubar. Die Erscheinung hat sich bereits mehrfach in der Praxis gezeigt. Der Vortragende hofft, daß den im Vortrag berührten metallographischen Untersuchungsmethoden bei uns in Deutschland allmählich mehr Beachtung geschenkt werden wird, denn es ist unzweifelhaft, daß nicht nur solche Ergebnisse der Wissenschaft für die Praxis von Bedeutung sind, die unmittelbar Produktionsverfahren an die Hand geben, sondern auch solche, die einen tiefen Einblick in das Wesen der erzeugten Produkte gestatten.

Eine Riesenlampenmaschine. Unter dieser Überschrift berichteten wir in Nr. 14 von einer dreizylindrischen Compositdampfmaschine der Sulzer'schen Maschinenfabrik in Winterthur (Schweiz) mit 5000—6000 effektiven Pferdestärken. Der Fr. B. B. Ztg., die auch darüber berichtete, wird nun dazu geschrieben, daß gerade jetzt ebenfalls ein Dampfdynamo von 5000 Pferdestärken, also von der gleichen Leistung wie die Sulzer'sche, im Elektrizitätswerk der Stadt Frankfurt a. M. zur Aufführung gelangt. Der Unterschied zwischen beiden besteht nur darin, daß in Frankfurt die Betriebsmaschine nicht eine Kolbendampfmaschine, sondern eine Dampfturbine sein wird und zwar die größte, die zunächst überhaupt in der Welt existiert. Es ist interessant, die Gewichte dieser beiden Maschinengattungen und einzelner ihrer Theile etwas näher zu betrachten. Allein die Welle der beobachteten Sulzer-Maschine wiegt 46,000 Kilogramm und das Magnetrad der Dynamo 96,000 Kilogramm, die beiden rotirenden Theile also unter vollständiger Auflösung der sich ebenfalls bewegenden Kolben und Gestänge 144,000 Kilogramm. Dem gegenüber wiegt der ganze rotirende Theil einer gleich starken Dampfturbine 9000 Kilogramm und derjenige der Dynamo 11,000 Kilogramm, zusammen also 20,000 Kilogramm, nicht einmal ein Siebte der rotirenden Theile der anderen Maschine. Das Gewicht der ganzen beobachteten Sulzer-Dampfmaschine ohne Dynamo ist zu 400,000 Kilogramm angegeben, während die ganze Turbine gleicher Leistung ca. 60,000 Kilogramm wiegt, also nur den sechsten Theil der Dampfmaschine. Der Dampfverbrauch wird für beide Maschinen der gleiche, für die Dampfturbine vielleicht sogar etwas günstiger sein.

Blasfeier.

Zur Blasfeier haben die im "Bund der Arbeitgeberverbände Berlins" vereinigten Scharfmacher in ihrer letzten Generalversammlung Stellung genommen. Die Delegierten der 17 vertretenen Verbände waren einstimmig der Ansicht, daß weder eine ganze, noch eine teilweise Freigabe des 1. Mai von den Mitgliedern zu erwarten sei. Einstimmig wurde beschlossen, daß Arbeiter, die am 1. Mai ohne nachhaltige Gründe von der Arbeit fernbleiben, zu entlassen sind und in denjenigen Betrieben oder Werkstätten, wo sie bisher gearbeitet hatten, nicht vor dem 5. Mai wieder angestellt werden, dagegen bei anderen Arbeitgebern nicht vor dem 15. Mai d. J. Arbeit erhalten dürfen. Jedem Verband steht es frei, diese Frist bis zur Wiedereinstellung zu verlängern. Jeder Verband ist verpflichtet, diesen Beschluß seinen Mitgliedern bekannt zu geben und für strengste Durchführung zu sorgen.

Der Statistik der Streiks und Ausschreitungen bringt das 1. Vierteljahr 1902 zur Statistik des deutschen Reichs eine summatische Übersicht der Streiks im deutschen Reich im 1. Vierteljahr 1901, Nachträge zur Übersicht für das 3. Vierteljahr 1901 und eine summatische Übersicht der Ausschreitungen im deutschen Reich im 4. Vierteljahr 1901. Vor dem 1. Oktober 1901 begannen und vor diesem Tage nicht beendet wurden 39 Streiks, wovon von 26 im 4. Vierteljahr beendet wurden. Von den 116 im 4. Vierteljahr 1901 begonnenen Streiks wurden 105 im 4. Vierteljahr beendet, in das 131 Streiks beendet wurden. Verloren wurden 252 Betriebe, wovon 88 zu vollständigem Stillstand kamen. Die Distanzzahl der gleichzeitig beteiligten Arbeiter betrug 5836, die Distanzzahl der gezogenen feiernden Arbeiter 1727. Zu der am 1. Oktober 1901 noch nicht beendeten 1. Ausschreibung kamen im 4. Vierteljahr 5 neue hinzu; 3 Ausschreitungen wurden beendet. Die Distanzzahl der gleichzeitig ausgetretenen Arbeiter betrug 3100, wobei 2197 in 13 Werken verloren, 727 in einer Lübecker Schiffswerft, 275 in einer Weberei in Sebnitz. Die Webereiarbeiter hatten keinen Erfolg.

Ein niedlicher Umsatz in der Eisengießerei von Magdeburg ist in den Monaten i. S. eingeschlagen worden. Derselbe lautet: Es wird hiermit bekannt gegeben, daß diejenigen Leute, denen der 20. Jun. für rückständige Steuern und Miete oder Geldstrafen oder Alimente beschlagnahmt oder geplündert wird, auf der Stelle

ohne Ausnahme entlassen sind, da die Pfändungen zu sehr überhand nehmen und nicht Leute betrifft, die ganz gut bezahlen können.

Leipzig, den 5. April 1902.

(Fabrikstempel.) Max Jahn, Buchdruckerei bei Leipzig.

Der ordnungsliebende Herr Unternehmer will von Belästigungen, die ihm die Steuerbehörde oder das Gericht bereiten, verschont bleiben. Deshalb sollen die Schuldner sammt und sondes auf Pflester gesetzt werden, obwohl nach eigener Angabe nicht einmal Alle "ganz gut bezahlen können". Dass die so arbeitslos gewordenen Schuldner dann erst recht nichts bezahlen können, liegt auf der Hand. Nicht ohne Interesse ist es aber, die Einflussmehrheit dieser Denkenden kennen zu lernen, von denen Herr Max Jahn behauptet, dass sie ganz gut bezahlen könnten. Die Löhne, die in diesem Winter von den Arbeitern der Jahn'schen Eisengießerei erzielt wurden, bewegten sich, wie die Leipzig. Volksztg. mittheilt, meist zwischen 10 und 20 Pf. Es's da ein Wunder, wenn Familienväter oder sonstige Unterhaltungspflichtige mit der Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten im Rückstande geblieben sind?

Die Frühjahrsaison auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat, wie die Arbeitsmarkt-Korrespondenz mittheilt, im März die leisen Anzeichen einer Besserung, die schon im Februar als Vorboten zu bemerken waren, nicht Lügen gestraft; allein von einer Erholung ist die Lage des Arbeitsmarktes auch jetzt noch weit entfernt. An den deutschen Arbeitssuchenden ging auf je 100 offene Stellen das Angebot der Arbeitssuchenden von 208,3 im Februar bis auf 143,9 im März zurück. Dieser Rückgang des Andrangs ist bedeutender, als in den beiden entsprechenden Monaten des Vorjahrtes, wo er nur von 146,3 auf 122,2 gesunken ist. Gleichwohl geht auch aus diesen Zahlen hervor, dass der Andrang der Arbeitssuchenden immer noch stärker ist, als er in dem auch schon in der Kritik stehenden vorjährigen Frühjahr gewesen ist. Die Zahl der Beschäftigten nach den Mitgliederziffern der Kammern kassen, so weit diese der "Arbeitsmarkt-Korrespondenz" zur Verfügung stehen, hat im Laufe des März zwar zunommen (um 3,4 Prozent), aber nicht so stark, wie im Vorjahr (4,5 Prozent). Dabei kommt in diesen Ziffern die starke Verminderung der Belegschaften im Kohlenbergbau noch nicht einmal zur Erwähnung. Maßgebend für den Arbeitsmarkt ist noch immer der schwache Geschäftsgang in den meisten Zweigen des Maschinen- und Eisen- u. Stahl-Gewerbes; noch mengenweise kommt an eine wesentliche Einschlüsse neuer Arbeitskräfte gedacht werden. Immerhin bieten sich für einige Gewerbezweige auch erfreuliche Aussichten. Im Textilgewerbe hält der alte Geschäftsgang auch nach Ostern noch an; in einigen Spezialbranchen herrscht sogar Arbeitermangel. Im Brauereigewerbe sind die Arbeiter überwiegend voll beschäftigt. Ganz besonders aber macht sich im Baugewerbe eine regere Thätigkeit geltend, die auf den Wechsel der Witterung zurückzuführen ist.

Ein Kartell der Kartelle ist vom Zentralverband deutscher Industrieller geplant. Die "Berl. Pol. Nachr.", bekanntlich ein Sprachrohr des Zentralverbandes, teilten mit, dass das Directorateum des Zentralverbandes schon vor geraumer Zeit auf Grund einer umfangreichen Denkschrift sich mit der Sache beschäftigt und bereits in einem Rundschreiben vom 17. Febr. 1902 bei den bedeutendsten deutschen Syndikaten angefragt hat, ob sie geneigt wären, sich an einer Konferenz zur Beratung der Frage zu beteiligen. Nachdem auch nicht eine einzige Abfrage erfolgte, sondern sich in vielen Kreisen die lebhafte Zustimmung äußerte, ist als Tag der Konferenz der 9. April festgelegt worden, und ist eine bezügliche Einladung ergangen.

In dem Artikel der Berl. Pol. Nachr. wird ausgeführt, dass binnen wenigen Jahren in Deutschland 300 Syndikate, Kartelle und Konventionen entstanden seien, von denen etwa 30 auf den Handel und etwa 220 auf die Produktion fallen. 50 Syndikate bestehen in der Metallindustrie, 40 auf dem Gebiete von Glas, Stein und Erde, 30 in der chemischen Industrie, 20 in der Textilindustrie, je 10 in der Kohlen-, Rohstoff-, Mittel- und Papierindustrie.

Eine dieser Kartellverbände zu Stande kommt, so darf man sich daran gefasst machen, dass die bisherige Taktik der Karlsruhe, das Land mit hohen Preisen zu belasten, um die Waren im Auslande verschwinden zu lassen, noch eine weitere Ausbildung erfahren. Sie ist nur möglich in Folge des hohen Zollschutzes. Die Gegenverordnung muss also lauten: Fort mit den Industriezöllen!

Das Kartell der Kartelle kommt aller Wahrscheinlichkeit nach zu Stande. Am 10. April waren in Berlin unter dem Vorsitz des bekannten Finanzratsherrn Jenke, Vorsitzender des Directorateums des Zentralverbandes deutscher Industrieller zirka 100 Vertreter der größten Kartelle und Syndikate versammelt. Die energetische und jähmähige Bezeichnung der Interessen der Kartelle wurde für nothwendig erklärt. Es wurde beschlossen, einen Austrich von jedes Mitgliedern zu wählen, welcher im Verein mit den Mitgliedern des Directorateums des Zentralverbandes die vorbereitenden Schritte für die demokratische Organisation einer gemeinsamen Vertretung der deutschen Kartelle zu ihm und deutscht den Kartellen Vorhängen zu unterstreichen habe. Die Wahl der jedes Vertreter wurde dem Directorateum des Zentralverbandes demokratischer Industrieller überlassen.

Rückschluss der Arbeiter wegen ihres Verfehls mit der Fabrikinspektion und nach den Angaben des neuzeitlichen Berichtes der badische Fabrikinspektion durchaus keine Sorge. Es heißt da u. a.:

In einem Falle genügt schon die Bekämpfung zweier fast ungeminderter folgenden Heimlichten des gleichen Bereichs, den Verdacht auf einen Arbeiter zu leiten, die zweite Heimlichte zu veranlassen zu haben. Bei dem Berichte des befehlenden Arbeiters kann den Hauptanwälten gesagt werden zu, mit der zweiten Heimlichte in Beziehung zu liegen, dass ihm die Erledigung eintritt.

In einer Offenburger Fabrik wurde jenseit einem Arbeiter gefordert, weil man vermutete, es sei der Urheber eines der Fabrikinspektion gerichteten Anzeige über beschädigte Untergangsstoffe, die sich als richtig herausstellten. Der betreffende Arbeiter war überzeugt der Urheber der Anzeige nicht.

In einer Wrenseitze erhielt zudem ein älterer

Arbeiter seine Entlassung, nachdem er bei einer Einberufung über eine gegen die Fabrik von einer anderen Seite gerichtete Anzeige eine dieselbe belastende, jedoch trüchtigste gemäße Angabe gemacht hatte.

Mit Recht hebt der Bericht anschließend an obige Mitteilungen hervor:

"Derartige Vorkontrasse müssen um so mehr bedauert werden, weil sie den Beamten der Fabrikinspektion die Überzeugung heibringen müssen, dass der Verkehr mit den Aufsichtsbeamten, sei er direkt oder auch nur indirekt, die Arbeiter Gefahren ausgesetzt, denen die letzteren machtlos gegenüberstehen. Es läuft sich eben manchmal nicht vermeiden, dass zur Abstellung von Missständen, von denen die Arbeiter der Fabrikinspektion Kenntnis genommen haben kann, deren Erwähnung vielmehr sofort dem Arbeitgeber zeigt, dass ihr Bekanntsein aus den Mitteilungen der Arbeiter stammen muss."

Arbeiterversicherung. Nach dem Reichstagssitzungsschreiben des Reichsverwaltungsamtes für das Jahr 1901 hat sich die Zahl der Betriebsunfälle gegenüber dem Jahre 1900 wieder gewaltig vermehrt. Es wurden nach vorläufiger Ermittlung 476,466 Unfälle angemeldet, das sind 22,105 mehr als 1900; die Zahl der erstmals entschädigten Unfälle beträgt 117,136, das sind 9482 mehr als 1900.

Nach dem Bericht gibt es immer noch drei gewerbliche Berufsgenossenschaften, die noch nicht einmal Unfallversicherungsvorschriften erlassen haben. Aber die schönen Vorschriften bleiben totholz, wenn ihre Ausführung nicht überwacht wird und in diesem Punkte thun die Berufsgenossenschaften noch immer so gut wie nichts. Unter den 60 gewerblichen Berufsgenossenschaften sind nur 47, die eine Überwachung der Betriebe eingeführt haben und beschäftigen damit genaue 122 Beamte. Was will das sagen bei den vielen Millionen Betrieben, die zu überwachen sind. Die fortgesetzte Vermeidung der Unfälle ist unter solchen Umständen nicht verwunderlich.

Aus dem Bericht ist noch zu entnehmen, dass die Unfallstatistik für die Land- und Forstwirtschaft zum Theil in Arbeit genommen ist.

Aus den Angaben für die Forstwirtschaft des Reichsverwaltungsamtes in Unfallzahlen erreicht man, dass die Rechte der Berufsgenossenschaften gegenüber denen der Versicherungen in steigendem Maße berücksichtigt werden. Von den Rechten der Versicherungen gegen Schiedsgerichtsurtheile hatten im Jahre 1900 25,2 Prozent, im Jahre 1901 22,6 Prozent Erfolg; von Rechten der Berufsgenossenschaften 46,3 Prozent im Jahre 1900 und 51,1 Prozent im Jahre 1901.

Aus dem Gebiete der Invalidenversicherung ist zu erwähnen, dass am 1. Januar 1902 in ganzen 675,095 Invaliden-, Alters- und Krankenrente liegen.

Für die Errichtung eigener Kranken-, Genesungs- und Invalidenhäuser hatten die Sicherungsanstalten bis zum Schlusse des Jahres 1901 17½ Millionen Mark ausgegeben.

Die Verleihungen des Vermögens der Sicherungsanstalten beliefen sich auf 260½ Millionen Mark. Dabei fanden auf den Bau von Arbeitserholungen 87½ Millionen, für landwirtschaftlichen Kredit 64½ für sonstige Zwecke 108½ Millionen.

Zehlgatz ist kein Grund die Lohnzahlung zu verweigern. In der Klageache eines Formers gegen eine Gießerei in Darmstadt, die auf Grund eines wegen jüngsten „Zehlgatzes“ unzulässigen Gültiess die Zahlung des Lohnes verweigert hatte, hat das Obergericht wie folgt entschieden: Wenn keine allgemeine Verabredung über Lohnbezahlung bei mangelsäfster Arbeit besteht, so darf der Form nur dann vornehmhalten werden, wenn ein Verhältnis des Arbeiters vorliegt. Da durch die Vernehmung von Sachverständigen wedt ein bestätigter Darmstädter Octogebrauch, nach auch ein Verhältnis des Formers erwiezen wurde, so wurde auf Lohnzahlung erkannt.

Ein neues Urtheil des Gerichtspräsidenten Magnaud. Der Gerichtspräsident Magnaud in Chateau-Thierry, dessen Urtheile in ganz Frankreich Aufsehen erregen, hat ein neues bedeutendes Urtheil erlassen. Angeklagt war ein Individuum wegen Bagabondens und Betriebs, Art. 269, 270, 271 und 274 des Et.-G.-V., der Staatsanwalt hatte die Anklage erhoben und der Angeklagte gab zu, ohne Wohnsitz und ohne Subsistenzmittel, seit einem Monat auch ohne Arbeit zu sein und gebettelt zu haben. Magnaud fällte folgendes Urteil:

In Beitriff des Bagabon direns: In Erwägung, dass der Mangel an Heimstätten und Subsistenzmitteln offenbar den Zustand des Elends darstellt, der zwar dem Bezeichnenden sehr heimlich und schmerhaft ist, aber dennoch eine Thatfrage immoralischen Charakters enthält;

dass es sich ebenso verhält mit der bedauerlichen Thatfrage, keine Arbeit zu haben, selbst wenn es freiwillig geschieht, weil man sonst um geredet zu sein, auch die Steinen, die nicht arbeiten, verfolgen müsste;

dass in Wirklichkeit die Gesellschaft, wenn sie die arbeitslosen, heim- und mittellosen Unglückslichen verfolgt, ihnen einen Zündungsprozess macht, der darin besteht, dass sie diejenigen, die nichts besitzen, ohne Weiteres für schuldig und geneigt hält, sich des Verbrechens anderer zu bemächtigen;

dass ein Richter, der sich um die Gerechtigkeit kümmert, gegen einen Menschen, dem kein Vergehen gegen die Moral vorgekommen werden kann, keine Befreiung ausüben darf, unter dem Vorwand, dass sein Elend ihn dazu treiben könnte;

dass diese verhängnisvolle Lage, wenn sie freiwillig wäre, höchstens als erschwerender Umstand für eine andere Gesellschaftserlegung, die begangen worden sein müsste, bestimmt werden könnte;

dass während der Angeklagte erfasst, es sei ihm seit einem Monat unmöglich gewesen, sich Arbeit zu verschaffen, und dass es auf Grund annehmbarer juristischer Theorien Sache der Staatsanwaltschaft gewesen wäre, das Gegenteil zu beweisen;

dass die Staatsanwaltschaft diesen Beweis nicht geliefert hat;

dass also der Mangel an Arbeit, den der Angeklagte nicht vermeiden konnte, nicht bestraft werden darf;

In Beitriff des Bettelns:

In Erwägung, dass der Angeklagte, arbeitslos, ohne Heimstätte und ohne Subsistenzmittel, von dem Herrn L. in C. ein Stück Brot erbeten und erhalten hat; dass er seine Bitte in anständiger Form, ohne Gelehrte zu verleben oder zu bedrohen, vorgebracht hat; dass diese Anrufung der menschlichen Solidarität keinen unmoralischen Akt darstellt und dass es nicht der Gedanke des Gesetzgebers sein konnte, sie als des Vergehens der Betteler bestrafen zu wollen;

dass dieses Vergehen nur dann vorliegt, wenn das Hilfsgesuch ausgeht von einem professionsmässigen Schmarotzer der öffentlichen Wohlthätigkeit, oder wenn es von Bedeutungen, Drohungen oder Gewalttätsigkeiten begleitet ist;

dass das Verlangen und Annahmen eines Stücks Brot, der Gegenstand des dringlichsten Bedürfnisses, absolut der Umlauf entbehrt, die eine Schulde bedingen;

dass überdies in dem betreffenden Departement keine Anstalt existiert, die dem Betteln wirksam entgegenzuhalten könnte;

dass in dieser Beziehung die Gesellschaft, in dem vorliegenden Falle wie in vielen anderen Fällen, die Pflicht nicht erfüllt, die sie sich auferlegt hat, so dass, selbst wenn man die Jurisprudenz über diese Sache für einen Augenblick annimmt, doch auf Seite des Angeklagten kein Vergehen der Betteler vorliegt;

in Erwägung endlich dass seit etwa drei Jahren und als Folge der früheren Urtheile dieses Gerichts über das einfache Bagabondirens und das einfache Betteln sowie des ministeriellen Rundschreibens vom 2. Mai 1899, das eine Folge jener Urtheile war, in dieser Materie keine Verfolgung eingeleitet worden ist, um das Gericht zu veranlassen, seine menschliche und edelmütige Jurisprudenz aufzugeben; ferner dass diese Auffassung nur gute Wirkung erzielt hat in dem diesjährigen Gerichtsbezirk, wo seither die Strafe niemals gestellt worden ist durch Jene, die das Gesetz als einfache Bagabunden und einfache Bettler bezeichnet, so dass das Gericht sicher als je bei ihr beharrt kann, indem es Andern überlässt, unter gleichen Umständen anders zu entscheiden, wenn ihr Gewissen sie dazu anleitet: aus diesen Gründen setzt das Gericht den Angeklagten vollständig aus der Verfolgung.

Charles Laurent bemerkt im "Matin" zu diesem Urtheil: "Die Appellhöfe können falls die Statutenwaltung sie darum angeht, Urtheile, wie das vorliegende, kritisieren so viel sie wollen, die Ehre, sie gefällt zu haben, wird nichtsdestoweniger dem "guten Richter" gehören, und Frankreich wird mehr und mehr von diesem befreideten Provinzgericht den Glanz ausstrahlen sehen, der unserm Vaterlande das Morgenrot einer neuen Gerechtigkeit verfürden wird, deren untrüglicher Zeitsprung die Güte ist."

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Weitere Gewerkschaften dielten während der Osterfeiertage und in der Woche nach Ostern ihre Generalversammlungen ab. Der Verband der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeitserinneren legte im Gewerberathaus in Berlin. Dieser Kongress begann bereits Charfreitag mit einer Statutenberatung, beschäftigte sich dann mit der Erhöhung der Leistungen des Verbandes und der Beiträge. Kollegen, die wegen ihrer Verbandsbürtigkeit gezwangt werden, sollen zwei Drittel ihres Lohnes als Unterstützung erhalten. Nach einer Kartenzeit von 55 Wochen erhalten die Mitglieder Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, wenn die Arbeitslosigkeit länger als drei Tage dauert. Die Höhe und die Dauer bestimmt der Verbandsstag. Frau Thiele-Berlin wurde als Vorsitzende und Redakteurin des Katholikates Solidarität bei einer jährlichen Entwidigung von 600 Mk. gewählt. Der Verband ist von 1297 Mitgliedern bei seiner Gründung im Jahre 1898 auf 2100 gestiegen. Die Jahresbeitragsnahme beträgt 13,910,02 Mk., die Ausgabe 11,273,81 Mk. Am Vereinsvermögen sind 9560,35 Mk. vorhanden. — Der Centralverband der Konditoren, Bäcker und Pfeffersäucker hielt seine Generalversammlung gleichfalls im Gewerberathaus in Berlin ab. Der Verband hat eine schwache Ansäuge zu einer Organisation gemacht. Der Geschäftsbereich, der die letzten drei Jahre umfasst, konstatiert, dass die Mitgliederzahl in diesem Zeitraum um nahezu das doppelte gestiegen ist und gegenwärtig die Zahl von 814 erreicht. Die Abrechnung verzeichnet in den drei Jahren 31,462,93 Mk. Einnahmen und 29,050,94 Mk. Ausgaben; der Stoffbestand beträgt 7477,81 Mk. Die Organisation zahlt eine Arbeitslosenunterstützung in drei Jahren 6500,30 Mk. aus, für andere Unterstützungsziele wurden 6311,89 Mk. aufgewandt. Ein Antrag auf Schaffung eines Nahrungsmittelindustrieverbandes (Konditoren, Bäcker, Müller, Brauer usw.) wird mit 413 gegen 362 Stimmen abgelehnt. Die Gründung eines eigenen Fachorgans (bis her geben der Konditoren- und Müllerverband gemeinschaftlich die Einigkeit heraus) wird mit 422 gegen 348 Stimmen beschlossen. Der wöchentliche Beitrag wird von 30 auf 40 Pfennig erhöht. Der Verbandsvorsteher wird mit 2000 Mark angestellt. Die Beitragserhöhung tritt am 1. Juli dieses Jahres in Kraft, das neue Verbandszeugen (Titel: Die Biene) erscheint am 1. August und zwar zweimal monatlich. — Die sechste Generalversammlung der Textilarbeiter Deutschlands tagte in Berlin. Der Verband zählt in 253 Orten 29,740 Mitglieder, darunter 4288 weibliche. Letzter hat die Organisation in den letzten Jahren einen Mitgliedszuwachs von 12,420 zu verzeichnen. Der Bericht führt diese unliebsame Erstcheinung auf die Erhöhung der Beiträge, die die schlecht entlohnten Textilarbeiter nicht höher aufbringen können und auf den ungünstigen Geschäftsgang zurück. In der Zeit vom 1. April 1900 bis 23. Februar 1902 verzeichnet der Verband in der Hälfte eine Einnahme von 315,130,90 Mk., der eine Ausgabe von 235,648,25 Mk. gegenüberstellt. Mit dem vorhandenen Bestand vom Jahre 1900 in Höhe von 7594,30 Mark erreicht der Stoffbestand am Abschluss der Abrechnung die Summe von 87,076,95 Mk. Der Bericht über die Streiks vom 1. April 1900 bis März 1902 führt 41 Streikbewegungen auf, über die dem Vorstand Berichte gingen. Beteiligt waren darin 2070 Personen und betragen die Gesamtstunden 192,894 Mk.; davon sind aus

Mitteln der Organisation 135,496 M. beigesteuert. Von den Streiks waren 12 erfolgreich, 12 teilweise erfolgreich und 17 erfolglos. Beschllossen wurde, in Fällen, wo Mann und Frau dem Verbande angehören, der Frau an Stelle des Textilarbeiters die Gleichheit zuzustellen. Ferner sollen die Unternehmer durch Gelehr verpflichtet werden, für die Heimarbeiter Werkstätten zu errichten. Im übrigen soll außerdem der Gehaltstag erfordert werden, darüber hinaus für Sonntag eine neunstündige Arbeitszeit. — Die erste Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands fand in Magdeburg statt. Im Geschäftsbericht wird über die ungewöhnlich schlechte wirtschaftliche Lage geklagt. Die Unzufriedenheit, mit der in manche von vornherein ansichtslose Streiks eingetreten wurden, wird scharf gerügt. Im vierten Quartal 1898 zählte der Verband 5084 Mitglieder, im dritten Quartal 1901 war die Zahl auf 4830 zurückgegangen. Über die Fluktuation der Mitglieder wird sehr gegrübt; die auf dem vorigen Kongress beschlossene Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 3 M. für wiederintretende Mitglieder hat dem Niveau nicht gesteigert, im Gegenteil der Agitation Schwierigkeiten bereitet. Die Ansprüche an die Unterstützungsclasse sind so große, daß der Vorstand die Einführung der Arbeitslosenunterstützung empfiehlt. Der Kassenabschluß weist in den drei Jahren eine Einnahme von 195,874,57 M. auf und eine Ausgabe von 188,746,22 M. Mit den vorhandenen alten Beiträgen ist in den Zahlenkunden und der Hauptkasse ein Vermögen von 50,918,57 M. vorhanden. In namentlicher Abstimmung wurde mit 16 gegen 4 Stimmen ein Antrag angenommen, welcher die Einführung der Arbeitslosenunterstützung fordert. — Die Maschinisten und Heizer hielten ihre sechste Generalversammlung in Magdeburg ab. Eine eingehende Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, an der sich aber nur 30 Prozent der Mitglieder beteiligt haben, ergibt Löhne von 15 bis höchstens 60 Pf. pro Stunde und eine Arbeitszeit von 10 bis 16 Stunden. Der zweijährige Kassenbericht ergibt als Einnahme 47,530,17 M., als Ausgabe 43,195,26 M., Kassenbestand 14,390,50 M. Für Streiks wurden 3845 Mark 75 Pf. ausgegeben. Der Verband hat an 62 Orten 8000 Mitglieder. Aus den Verhandlungen ist mit zu erwähnen, daß der Titel des Verbandes fortan Centralverband der Maschinisten usw. lautet und die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden soll. — Die Elektromonture tagten in Frankfurt a. M. Die Einnahmen der Organisation für das Jahr 1901 betrugen 1664,83 M., die Ausgaben 1550,45 M. Neben das monatlich zweimalige Erscheinen des Organs soll eine Urabstimmung bestehen. Dieselbe soll eine Reiseunterstützung eingeführt werden. Der Vorort wird von Hamburg nach Berlin verlegt. Interessant war die Mitteilung des Vorsitzenden, daß seine Verhandlungen mit dem Genossen Legien wegen Anzahl des Verbands an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands resultlos verlaufen seien, da Legien als vorwiegend Anhänger des Verbandes an den Metallarbeiterverband verlangt. Trotzdem beschloß man Beteiligung am Stuttgarter Gewerkschaftskongress und bestimmte einen Delegierten. — Der Verband deutscher Schuhmacher hielt seine Generalversammlung in München ab. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 19,362. Der Bechtel der Mitglieder ist leider ein überaus starker; vom 1. Januar 1900 bis 31. Dezember 1901 sind 37,223 Aufnahmen erfolgt und in der gleichen Zeit schieden 17,960 Mitglieder aus. Die Gründe für diese Fluktuation der Mitglieder führt der Bericht auf das plötzliche Einsetzen der Arbeiterwährend und vor der Lohnbewegung zurück; nach der Lohnbewegung verschwindet dann langsam eine Anzahl der Neuengetretenen, die nur die Organisation ausnutzen wollten, ohne selbst dauernde Lizenzen zu tragen. Die Einnahmen der Organisation belaufen sich in den drei Jahren auf 343,610,69 M., die Ausgaben auf 312,781,76 M., das Vereinsvermögen beträgt 86,250 Mark 75 Pf. Die Kassenzusammensetzung hatte mit einem Beitrag von 5438,73 M. eine Einnahme von 45,421,89 Mark und eine Ausgabe von 40,332,60 M. Die Mitgliederzahl der Kasse beziffert sich auf 2071. Daneben unterhält der Verein eine Arbeitslosenunterstützungskasse, die mit nur 151 Mitgliedern 1826,61 M. Einnahme erzielte und 807,39 M. verursachte. Der Vorstand hat deshalb der Generalversammlung einen Antrag unterbreitet, der genügt auf finanzielle Erhebungen, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung befürwortet. Die obligatorische Einführung einer Kassen-Unterstützung wurde mit 29 gegen 21 Stimmen abgelehnt, die Arbeitslosenunterstützung jedoch mit 46 gegen 7 Stimmen angenommen. Jedoch soll eine Urabstimmung kurz vor der nächsten Generalversammlung stattfinden. Über Tarifgemeinschaften referierte Wolf, der in einer Resolution die Abschaffung gemeinsamer Verträge eintrat. Beschieden wurde, je nach Bedarf besondere Bezirksbeamte einzustellen. Dem Rentenvorstellung der Generalversammlung wird mit einigen kleinen Abänderungen zugestimmt. Den früheren Vorsitzenden Siebert bestätigten die Delegierten ein Augebalk von 1200 M. jährlich.

Aus dem Quartalsbericht der Eisenformer-Bereinigung der Vereinigten Staaten. Wie bereits erwähnt, sagt das "Iron Workers Journal", habe die guten Arbeitsverhältnisse in 1901 ihre Pflege auf die Finanzen der Organisation geworfen, und namentlich im letzten Quartal haben sich die Lokalvereine bedeutend vermehrt, ebenso die Einnahmen der Kasse. — Die Einnahmen betrugen im letzten Quartal 54,524 Doll. 20 Eis., Ausgegeben wurden für Streiks 22,400 Doll. 72 Eis., für Sterbefälle und gänzliche Invalidität 5,113 Doll. 15 Eis. und für Tiere 10,660 Doll. 98 Eis.

Da vorauszusehen ist, daß nach den fetten Jahren magere folgen werden, so muß die Organisation darauf bedacht sein, ihre Einkünfte aus den guten Jahren zusammen zu halten, um für schlechte Zeiten einen Nachschub zu haben, um die Prüfung für die Stabilität der Vereinigung bestehen zu können.

Während des Jahres 1901 wurde 58 lokalen Vereinen die Konzession gewährt, von denen jedoch 8 wieder entzogen. Interessant ist der Bericht über den Stand der Krankenkassen; denn zu Anfang des vorigen Jahres berichtete eine wahre Krankheits-Epidemie, welche die Krankenkassen so in Mitleidenschaft zog, daß die Ausgaben die Ein-

nahmen um 7988 Doll. 12 Eis. überstiegen. Doch gelang es im letzten Quartal, nicht mit das Defizit zu begleichen, sondern man hatte am Ende des Jahres noch einen Überschuss von 5727 Doll. 54 Eis. Hiermit hat sich auch herausgestellt, daß die bisherigen Beiträge zur Krankenkasse genügen.

Seit Einführung der Krankenkasse, 1896, hat sich die Summe, welche an Krankenrente gezahlt wurde, um das Dreifache vermehrt. 1896 wurden 38,512 Doll. ausbezahlt, 1897 36,720 Doll., 1898 37,710 Doll., 1899 57,456 Doll., 1900 102,935 Doll. und 1901 118,515 Dollars. Der Krankenfassfond der Lokalvereine beträgt zusammen 34,719 Doll. 9 Eis.

Kann übertroffen werden, daß im letzten Quartal statt 2562 Arbeitslosenmaten ausgegeben wurden; 2250 weniger als im vorletzten Quartal. Neue Mitglieder sind 1099 aufgenommen.

Das Journal schließt mit der Bemerkung, daß es sehr erfreulich sei, solche zufriedenstellende Informationen, die nur mit großer Mühe und Arbeit erzielt worden sind, mittheilen zu können, und hofft auf Unterstützung der Mitglieder zum weiteren Gedanken der Organisation.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg).

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die bereits erfolgten Bekanntmachungen beruft der Vorstand hiermit die Generalversammlung auf

Dienstag, den 20. Mai ex., nach München

ein mit der Tagesordnung:

1. Wahl der verschiedenen Kommissionen.
2. Bericht des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisionskommission.
3. Statutenberatung.
4. Wahl des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisionskommission.
5. Regelung sonstiger Kassenangelegenheiten.

Die Generalversammlung findet im Hotel Tresler, Sonnenstraße Nr. 21, statt.

Zuschriften in Bezug auf Quartier u. s. w. sind an den Vorsitzenden des Lokalomitee's Herrn Joseph Dimmelmeier, Palmstraße 8, III L., zu richten.

Die Wahlakten müssen der Generalversammlung vorgelegt werden. Dieselben sind entweder einem Delegierten der Wahlabteilung mitzugeben oder so frühzeitig an den Vorsitzenden des Lokalomitee's Herrn Joseph Dimmelmeier, München, Palmstraße 8, III L., zu senden, daß sie spätestens am 19. Mai dort eingehen.

Hamburg, den 12. April 1902.

Mit Gruß!

Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro März 1902.

Einnahme:

Kassenbestand vom Februar M. 1,114,529,25. Von Alsfeld 125, Ulfbüchel 24, Alten 140, Alten-Eßen 100, Altenhundem 7,20, Altfelldorf 90, Altona 100, Altmassen 60, Amberg 100, Annweiler 103, Ansbach 200, Aschersleben 100, Baden-Baden 200, Barmbeck 100, Bauzen 50, Berlin V 500, Berlin XI 250, Bezdorf 100, Bezingen 200, Bielefeld 600, Büchheim 90, Bodenwöhle 100, Brandenburg 200, Brieg 50, Bromberg 100, Bruchsal 100, Buchholz 150, Büdelsdorf 200, Bürgel 150, Bulach-Beiertheim 100, Burbach-Malstatt 100, Citz 50, Magdeburg 70, Cöln-Bickendorf 100, Cöpenick 200, Cöthen 50, Coswig 200, Cottbus 75, Cüstrin 100, Delmenhorst 30, Doss 100, Durlach 150, Ehrenfeld 100, Eilenburg 100, Einjal 20, Eisingen 25, Ellerbeck 200, Elsterwerda 80, Erlangen 50, Ettringen 100, Freudenberg 23, Friedberg i. H. 17,80, Friedrichsort 400, Frohnhofen 200, Gearden 200, Gaggenau 150, Gahlen-Sommerfeld 88,40, Glaz 30, Gleiwitz 150, Godetsberg 90, Gönnigh 75, Griesheim b. D. 45, Grünma 100, Groß-Buchholz 70, Grüntinkel 100, Gummersbach 100, Habskirchen 40, Hamburg-Billwerder 150, Harburg 200, Haspe 200, Haufen b. C. 150, Haynau 20, Heidelberg 100, Hemelingen 60, Hennef 100, Herbede 75, Herford 50, Herne 150, Hersfeld 50, Hildesheim 60, Hof 25, Holzkirchen 50, Hauer 80, Hamminkeln 50, Hammenden 55,44, Hatter 21,60, Kaiserswerth 71,65, Kappel 250, Kastengang 95,50, Kirchheim u. T. 100, Kleefeld 50, Kornwestheim 100, Krefeld 60, Lambrecht 150, Lämmerpiel 60, Landsberg a. d. W. 80, Leipzig 200, Leisnig 40, Limbach 100, Lippstadt 100, Lörrach 100, Loschwitz 75, Lottstetten 40, Lügan 40, Mainbernhain 100, Malsch 100, Mannheim-Käfertal 150, Meggen 100, Meissen 100, Memel 16,95, Merseburg 50, Meschede 50, Minden i. W. 40,20, Montigny 100, Mühlhausen i. Th. 250, Mühlhof 50,55, Mühlitz i. B. 70, Mühlitz 26,27, Neckarelz 50, Neureuth 150, Nieren 80, Oberfahl 50, Oberursel 100, Oedean 30, Olde 66,60, Olpe 70, Osterholz-Scharmbeck 60,69, Owen a. L. 64,58, Perguis 50, Pirmasens 60, Rima 80, Plauen b. D. 160, Plauen i. B. 80, Posen 60, Potsdam 100, Preußlau 75, Raftest 100, Ratibor 100, Raumheim 30, Rauter 52,64, Reichenschwand 100, Remsingen 16,10, Reppen 20, Rheinau 230, Rindheim 100, Rondorf 27,60, Roskau 60, Roth am Sand 100, Rott 3,5, Rüsselstein 100, Sangerhausen 20, Schippeck 50, Schmidbrück 100, Schöllbrunn 11,20, Schöneberg 201,50, Schwabach 100, Schwartau 90, Schwelm 70, Söwerte 400, Siegburg 250, Singen 50, Söhren 7,20, Söllingen 80, Spandau 600, Striegau 69,65, Stuttgart 150, Südburg 100, Thale a. S. 200, Tirschenreuth 50, Torgau 15, Trachau 50, Treuchtlingen 56,40, Trier 9,77, Uebigau 100, Uedingen 40, Unterbörden 20, Unterbach 50, Waiblingen 30, Wald 75, Wangen 150, Warasdorf 40, Weiden i. B. 260, Weiden bei Cöln 75, Weisenburg 150, Weizensee 80, Wetteldorf 50, Wettbergen 15,80, Wiesbaden 27,20, Wiesloch 50, Wildau 300, Wilhelmshaven 400, Wilhelmsstadt-Magdeburg 150, Witten 400, Wittenberg 34,82, Wolsenbüttel 50, Wunsiedel 30, Zschiedje 200, Zwickau 50, Beiträge von einzelnen Mitgliedern 926,40, Abgeordnetensteuer 64,40, Nordwest-Eisen- und Stahlwerke für L. Thias-Schaffhausen 33,92, für Th. Smid-

Osnabrück 29,53. Von der Reichs-Eisenbahn-Hauptklasse Straßburg für L. Close-Bischheim 20,84. Sonstige Einnahmen 33,37. Summa M. 1,136,780,41.

Ausgabe:

Nach Wachen 400 M. Altenhundem 40, Bamberg 70, Beindersheim 130, Bergedorf 60, Bergen i. B. 80, Berlin I 200, Berlin II 240, Berlin III 1200, Berlin VI 400, Berlin VII 800, Berlin VIII 300, Berlin IX 500, Bill 200, Birlinghoven 100, Bischofswerda 50, Bremen 200, Brühl 100, Cöln-Nord 200, Cöln-Riehl 70, Cörne 50, Connweiler 20, Cotta 100, Dallendorf 120, Danzig 80, Dessau 200, Dingelstädt 100, Dinslaken 100, Dorp-Grünewald 150, Duisburg 300, Ebenlohe 50, Eilenburg 50, Eisenach 200, Eslingen 50, Elbing 80, Eller 100, Erfurt 100, Feuerbach 50, Fernersleben 100, Flensburg 150, Flügern 620, Forst i. B. 80, Frankenthal 300, Frankfurt a. M. 150, Freiburg i. Br. 200, Friedrichsberg b. Berlin 200, Fürstenwalde 250, Fürth 500, Ganderkesee 100, Geestemünde 220, Gevelsberg 30, Glösa 40, Göppingen 100, Gustavslburg 100, Haltern 100, Hamburg (innere Stadt) 200, Harleshausen 70, Haslaß 50, Hattingen 160, Heilbronn 80, Herfeld 40, Humboldt-Kolonie 200, Jümmingen 46, Jühe 200, Kaiserlautern 300, Katz 50, Kellertbach 50, Kessinich 50, Kettwig 100, Kirchditmold 100, Königswinter 400, Krackau 200, Kronenberg-Straßburg 50, Laatzen 100, Laujach 75, Lechhausen 200, Lierenfeld 180, Lüttner 100, Löbau 200, Ludwigshafen 100, Ludwigsfelde-Münden 100, Magdeburg 200, Mannheim-Lindenholz 100, Mannheim-Schwarz-Borstadt 400, Menden 100, Meiß 80, Mügeln 100, Mühlheim an der Ruhr 300, München 1500, München-Gladbach 200, Nedderau 400, Neheim 100, Neu-Jenning 150, Neumarkt 50, Neuß 160, Neuzertheide 100, Niederschelden 50, Nürnberg 1200, Oberbill 220, Oberhausen I 200, Oberrad 150, Offenbach a. M. 800, Offenburg i. B. 200, Osterheim 100, Oggersheim 200, Oschersleben 50, Osterfeld 50, Pankow 200, Penig 100, Pfeffersheim 50, Pfungstadt 50, Blauen b. Dresden 100, Plettenberg 150, Radebeul 200, Ratingen 200, Ravensburg 60, Recklinghausen 100, Reutlingen 100, Rixdorf 400, Röderkirchen 75, Röhr 50, Rösrath 150, Rosenheim 100, Rüttenscheid 150, Sachsenhausen 200, Schönebeck 60, Schwanheim 60, Sieglar 80, Soest 75, Speldorf 50, Spich 75, Steele 200, Thurn 50, Umm 1, d. D. 150, Untergrombach 100, Unterlochen 100, Utberach 200, Weitschheim 100, Welbert 100, Wingst 100, Wanheim 100, Weisenau 100, Weizhaus 80, Werda 50, Wertheim 50, Westhofen-Ensen 50, Wetter a. d. R. 450, Winnweiler 200, Beiz 100, Krankengeld an: A. Beiner-Bellingen 22,20, J. Behr-Grimmrich 23, W. Blasenbrey-Dittingen 27,60, C. L. Deit-Mörtsch 29,90, M. Deit-Mörtsch 32,20, U. Domsh-Baruth 22,20, Ch. Düne-Lüneburg 3,70, G. Eiermann-Brinkenau 41,40, L. Erhardt-Weitersheim 29,90, W. Fitterer-Mörtsch 48,10, O. Holland-Giersberg 16,10, W. Hornberger-Urach 55,50, C. König-Hirschberg i. G. 59,80, C. Koffler-Durmersheim 9,25, J. Kühn-Hainewalde 55,20, W. Klitsch-Gehendorf 36,80, C. Lange-Salzkotten 34,50, J. Littmann-Gimshorn 18,50, W. Roed-Helmstedt 16,80, J. Petrin-Schleswig 46, W. Pütz-Brunsbüttel 55,55, H. Reisenweber-Neu-Kuppin 22,20, P. Schmitz-Ginn 25,30, H. Schrot-Biebesheim 59,80, J. Seiler-Mörtsch 35,15, P. Spickenagel-Lübars 55,20, G. Steger-Borna 32,20, U. Teves-Burgsteinfurt 23, G. Wagner-Markt-Nedderau 25,30, C. Weber-Steine 9,25, G. Zimmermann-Glashütte 12,95, Gehälter an die Beamten der Hauptverwaltung 1860, Gehalt des Vorsitzenden der Revisionskommission 100, Vergütung an die Revisionskommission 141,60, Eine Schreibmaschine 350, Büro, Schreib- und Padmaterial u. s. w. 512,18, Summa M. 30,504,33.

Bilanz.

Einnahme M. 1,136,780,41

Ausgabe " 30,504,33

Kassenbestand M. 1,106,276,08

C. Butenuth, Hauptkassier.

Biesbaden. Die zum Theil sehr ungerechtfertigten Artikel, die in letzter Zeit in unserem Propagationsorgan gegen den Hauptvorstand erschienen, geben mir Veranlassung, auch meine Ansichten und zu geben. Meine volle Anerkennung muß ich dem Hauptvorstand gegenüber aussprechen für das gewissenhafte und besorgte Arbeiten für unsere Kasse. Als Bevollmächtigter und früheres Vorstandsmitglied der Kasse habe ich Erfahrungen genug gesammelt, um zu wissen, wie gewissenlose Elemente eine Kassenkasse ausnützen können, wenn die Leitung eine leidet. Ich muß offen erklären, daß ich mit dem Vorstand vollständig einverstanden bin, wenn er es sich angeleget hat, Kassenmitgliedern den Garant zu machen. Diejenigen, welche sich so sehr über das Vorgehen des Hauptv

Letzte Nachrichten.

Schwelm. Die Bolzenschmiede von Gerdes & Cie. haben sämtlich wegen Lohnunterschieden gekündigt. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Schrauben-Fabrikarbeiter, die geschmiedete Holzschrauben verarbeiten, werden besonders heraus aufmerksam gemacht. (Barmen, Kronenberg, Hagen, Mülheim, Alten-Börde, Düsseldorf und Berlin.)

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegen genommen.

Altenburg. Sonnabend, 19. April, Abends halb 9 Uhr, im "Eiboli". Vortrag: "Die Gewerkschaften als Kulturbel". Referent: Redakteur Albert Zwidau.

Altenburg. Sonntag, den 20. April, Nachm. halb 4 Uhr, Kombinierte Versammlung der bekannten Zahlstellen im "Weißen Ross" in Glashau. Abfahrt 1/2 Uhr Nachm.

Altdötting. Samstag, den 19. April, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den 12 Aposteln.

Aßtersleben. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, in Schräbers Lokal vor dem Wasserthor.

Baden-Baden. Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im Bratwurstgöckle, Steinstraße.

Barmen. Samstag, den 26. April, Abends punkt halb 9 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5, Barmen.

Berlin. Sonntag, den 20. April, Vormittags 10 Uhr, bei Diefes, Adlerstraße 123, Morgensprache der Hobler, Bohrer, Fräser. — Samstag, den 20. April, Vormittags 10 Uhr, Feilenarbeiter bei Weißner, Chausseestr. 72.

Berlin. Konferenzen der Vertrauensleute. Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, für Bloabit, bei Fischer, Waldstr. 8. — Montag, den 21. April, Abends halb 9 Uhr, Kombinierte Konferenz der gesammelten Vertrauensleute Berlins im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, großer Saal. T.O.: Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress. Aufstellung von Kandidaten. — Donnerstag, den 24. April, Abends halb 9 Uhr, Konferenz der Vertrauensleute der Mechaniker im Gewerkschaftshaus. — Donnerstag, den 24. April, Abends halb 9 Uhr, Konferenz der Schlosser im Gewerkschaftshaus.

Borna. Samstag, den 19. April, Abends 9 Uhr, bei Jäger, Ritterstraße.

Braunschweig. (Allgem.) Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werder 32.

Bremen. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Hansemstraße 21/22.

Cannstatt. (Schmiede) Samstag, den 20. April, Vormittags 10 Uhr, in der Enke, Marktstraße. Ausflug.

Crimmitschau. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, in Ahnets Restaurant, Johanniskirche.

Colmar i. S. Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, in der "Stadt Schleitstadt".

Detmold. Samstag, 19. April, bei Bellrich, Hornstraße 11.

Dortmund. (Allg.) Samstag, 26. April, Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhausen, I. Kampff. 73.

Düsseldorf. Samstag, den 27. April, Vormittags halb 11 Uhr, in Kempsches Gashaus, Neugasse.

Döbeln. Samstag, den 19. April, bei Stahl, "Zur schönen Aussicht".

Dresden. Sonnabend, den 26. April, im Eriani, Schützenplatz, T.O.: "Die Gewerkschaften als Kulturförderer und wie müssen diese bezeichnet sein." Ref.: Herm. Goldstein-Zwickau. — Die Gründung des Gewerkschaftshauses. — Von 8—11 Uhr Abends wird die Wahl zum Gewerkschaftskongress vorgenommen. Jeder Kollege hat sein Mitgliedsbuch mitzubringen. Ohne dasselbe darf Niemand wählen. Erinnerung am Saaleingang. Die Mitglieder, welche nicht kommen können, wählen am 27. April in den bekannten Lokalen von 11—1 Uhr.

Farbacht. Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im Alten Fritz.

Görlitz in Niederschlesien. (Former) Samstag, den 27. April, Vorm. halb 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Eilen-Altona. Samstag, 27. April, Morgens halb 11 Uhr, bei Hartmann in Altona, Ecke Juifen- und Grindelstraße.

Günterwalde. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr im Gesellschaftshaus Hartmann.

Frankfurt a. M.-Godrathen. Samstag, 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Stolzest. 13/15. — Für den Bezirk Oberbad: Montag, den 28. April, Abends halb 9 Uhr, im "Zoemus", Cäcilienbäderstraße 246.

Frankenthal. Samstag, den 20. April, Vormittags 2 Uhr, bei Wargaud, Weidgasse 33. Übergabeung vom alten Kuratorium. Stellung zum Gewerkschaftskongress. Kuratorium.

Freising. Samstag, den 12. April, Abends 8 Uhr.

Gera-Besch. Sonnabend, den 19. April, bei Beder, Bahnstr. 8. Montag.

Glauchau. Samstag, den 20. April, Nachm. halb 4 Uhr, im "Weißen Ross". Kombinierte Versammlung der Betriebsstellen Altenburg, Görlitz, Schmölln, und der Einzelmitglieder von Glauchau, Reitzen, Crimmitschau und Werda. Vortrag des Koll. Kreisf. "Die wirtschaftliche Krise und deren Folgen". Verbandsangelegenheiten.

Glogau. Samstag, den 26. April, Abends 8 Uhr, in Weißers Restaurant, Schulstraße.

Görlitz. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im "Zoemus", Cäcilienbäderstraße 246.

Hamburg. (Bertharbeiter) Dienstag, den 29. April, Abends 1/2 Uhr, in der Concordia, St. Pauli.

Hannover. (Giemper) Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, bei Böttcher, Langef. 2.

Hannover-Gülden. (Sektion der Schmiede) Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, bei Dr. Fiere, Bismarckstr. 1.

Harburg. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, bei E. Lüffenhop, I. Bergstr. 7.

Heidelberg. (Spengler) Samstag, den 26. April, im Schiffsmühls Bierkeller, Untergasse.

Höchst a. M. Samstag, den 26. April, Abends 9 Uhr, in der Sonne.

Ingolstadt. Sonntag, den 20. April, Vorm. 10 Uhr, im Gasthaus zur Farbe, Paradeplatz. Vortrag.

Karlsruhe. (Sektion der Blechner und Installateure) Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, in der Fortuna, Ludwigstraße.

Köln-Lindenthal. Sonntag, den 20. April, Vormittags 10 Uhr, bei A. Schwinn in Braunsfeld, Brauustr.

Köpenick. Jeden Dienstag nach dem 1. des Monats. Jeden Sonnabend von 8—9 Zahlabend bei Kochitz, Wiggleheimerstraße 2. Ehrendorf selbst Verkehrslokal.

Kerr. Sonntag, den 20. April, Abends halb 7 Uhr, im Bürgerpark.

Leisnig. Sonntag, den 27. April, Vormittags 10 Uhr, bei Hermann Schulze, Neu-Jorgc.

Liegnitz. Sonnabend, den 26. April, im Gasthof zum Preußischen Hof.

Limbach. Sonntag, den 27. April, Nachm. halb 3 Uhr, im Hotel Johannesbad.

Mainz. Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, bei Rothenmund, Pfaffengasse.

Merrane. Sonnabend, den 26. April, Abends 9 Uhr, im Thüringer Hof.

Mühlhausen i. Elz. Montag, den 28. April, Abends 8 Uhr, bei Schill, Schmiedstraße 3.

Münzenberg. (Siebmacher und Drahtarbeiter) Samstag, den 19. April, bei Niedermaier, Kleinzett. 62.

Neustadt a. d. H. Samstag, den 26. April, Abends 8 Uhr, im Café "Bavaria".

Niedersedlitz. Montag, den 21. April, Abends halb 9 Uhr, im Lehmanns Restaurant, Groß-Schachwitz.

Oberhausen (Rheinl.) Sonntag, den 20. April, Vormittags 11 Uhr, im Lokal des Hettner Vollender, Blumenthalstraße.

Offenburg. Sonntag, den 27. April, Vorm. 10 Uhr, im Schützen Wahl eines Bevollmächtigten.

Oggersheim. Sonntag, den 27. April, Nachmittags halb 3 Uhr, Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress.

Öschersleben. Sonntag, 27. April, Vorm. 9 Uhr, bei Siebert, Heinrichsauerstraße 33.

Pirna a. d. E. Sonnabend, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im "Weißen Ross".

Remscheid. Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, bei Hede, Peterstraße. Vortrag des Gen. Dr. Stubensohn: "Die Berufskrankheiten, deren Ursachen und ihre Bekämpfung".

Rostock. Mittwoch, den 23. April, Abends halb 9 Uhr, in der "Barutowhalle".

Singen. Samstag, den 19. April, Abends 8 Uhr, in der "Germania".

Stettin. Sonntag, den 20. April, Nachm. 2 Uhr, bei Stürmer, Grabower Schützenhaus. Hauptversammlung. Maifeier. Aufstellung des Kandidaten zum Gewerkschaftskongress in Stuttgart etc.

Stettin. Sonntag, den 27. April, Nachm. 2 Uhr, im Grabower Schützenhaus. Hauptversammlung. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Vortrag und Verbandsangelegenheiten.

Stralsund. Sonnabend, den 3. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Arbeiter-Kino, Semlowerstr. 19.

Stuttgart. Samstag, den 26. April, im Gewerkschaftshaus zum Gold. Vören, Eglingerstr. 17/19.

Tiersen. Sonntag, 27. April, Vormittags 11 Uhr, bei Hubert Eßer, II. Brückstraße 25.

Zittau. Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im Bürgergarten.

Zuffenhausen. Samstag, den 26. April, Abends halb 9 Uhr, im Gashaus zum Kirchthal, Rosenstr. 46.

Berlin. Um die Adresse des Metalldruckers Ganzler, gebürtig aus Dresden, bittet die Ortsverwaltung Berlin.

Böckheim. Da uns der Wirth Schwig sein Lokal entzogen hat, finden unsere Versammlungen jetzt bei Gastwirt Herrn Stahl "Zur schönen Ansicht" statt und fordern wir die Kollegen auf, mit dort zu verkehren.

Berthrag a. d. Elbe. Bevollmächtigter: Heinrich Mart, Schloß, Barth. 7, part. Kassier: Adam Maßing, Eddelbüttelerstr. 21/II.

Königsbrück. Zeitungsabgabe und Markenverkauf bei A. Dietzel, Gartenstr. 61.

Merseburg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß uns der Saal des Kurgartens zu Versammlungen nicht mehr offen steht; mögen die Kollegen darnach handeln.

Zabern. Zeitungsabgabe und Markenverkauf bei G. Feiss, Kronprinzenstr. 6 Hinterh. II.

Wesentliche Versammlungen.

Geiswitz-Zaberg. Samstag, den 27. April, Nachmittags 4 Uhr, im Goldenen Stern in Geiswitz, Pleisnitzerstr. 53. "Die wirtschaftliche Lage der oberösterreichischen Metallarbeiter und der Wert der gewerkschaftlichen Organisation." Referent: O. Eichel-Dresden.

Hoppegarten. Sonntag, den 20. April, Vormittags halb 11 Uhr, im Lokal "Dreifamilie". "Arbeit und Leben der Metallarbeiterorganisation." Referent: Bezirksleiter Friedrichs-

Zella. Sonnabend, den 19. April, Abends 8 Uhr, im Casino zur Rose. "Die Bestrebungen der modernen Gewerkschaften und die Gewerbevereine." Referent: D. Südländer-Nienburg.

Karlstraße. Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Apollotheater. "Die Lage der Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Lage der Karlsteiner Metallarbeiter." Ref.: Landtagsabgeordneter Emil Günther und Koll. H. Sauer.

Lehrte. Sonntag, den 27. April, Nachmittags 3 Uhr, im Gashaus zum Geißler, Bismarckstr. Referent: Hr. Friedrich Karlstraße.

Geisenhain. Samstag, den 19. April, Abends 9 Uhr, im Bergschlößchen. Vortrag: "Geb- und Feuerbestattung."

Offenbach. Samstag, den 26. April, Abends 8 Uhr, im Gashaus zum Adler. Referent: Hr. Friedrich Karlstraße.

Nöllan. Sonnabend, den 26. April, Abends 8 Uhr, bei Schreiber, Feldstraße. Referent: Koll. Nisch-Masdeburg.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. d. Pr. 29) Hamburg.

Filiale Hammelsburg. Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Lokal von Rud. Müller, Türschmidstraße 37. Vortrag des Herrn Conrad über: "Nervosität". Kassenbericht. Interne Kassenangelegenheiten.

Privat-Anzeigen.

Inserate werden nur gegen Voranschreibung angenommen. Der Preis für die dreigespaltene Petition beträgt 50 Pf.

Einige tüchtige Spengler auf Weißblech-Arbeiten gesucht. Becker & Burghardt, Speyer a. Rhein.

Erfahrener Former, Gießer für Messingornamente, findet sofort Arbeit bei **Eugen Braun Sohn, Straßburg i. Elz.**

Formerwerkzeuge aus Stahl, Messing, Bronze und Holz liefert sauber u. billig **Max Pfüller, Formerwerkzeugfabrik Ober-Oderwitz**.

Musterbuch und Preisliste gratis und franko.

Bei hoher Vergütung sucht allerorts Herren, welche den Betrieb meiner neuesten Artikel nebenbei übernehmen. Prospekte an Federmann.

Gen. Wolf, Zwickau (Sachsen) Blücherstraße 12.

Feinstes Süßrahmbutter, 8 Pfund netto für Mr. 8.20 versendet spesenfrei gegen Nachnahme.

Former Albat, Schillgallen, v. Rücken (Ostpr.).

Gesucht wird der Schlosser Johannes Potrawa,